



Lübecker

Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 71

Freitag, 25. März 1927

34. Jahrgang

Gegen Wilhelms Rückkehr!

Aktion der Preussischen Regierung

Otto Braun schreibt an den Kanzler

Vor Monaten schon hat die sozialdemokratische Presse eine Aktion zur Verlängerung des Republikshutgesetzes eingeleitet. Sie ließ sich hierbei vor allem von dem Gedanken leiten, daß insbesondere die Rückkehr des Kaisers aus innen- und außenpolitischen Gründen verhindert werden muß. Diese Frage hat auch bei der Beratung des Reichsinnenrats eine verhältnismäßig große Rolle gespielt. Von sozialdemokratischer Seite wurde sowohl im Ausschuß als im Plenum des Reichstages wiederholt eine einwandfreie Erklärung der Reichsregierung zu dieser wichtigen Angelegenheit verlangt, ohne daß jedoch von der zuständigen Stelle eine positive Erklärung abgegeben wurde. Die Zeit aber drängt, denn in wenigen Monaten — am 21. Juli — läuft das Republikshutgesetz ab und insbesondere mit Rücksicht darauf, daß die Regierungsparteien im Reich schon Ende Mai eine längere Vertagung des Reichstages planen, tut Eile not.

Es ist deshalb äußerst anerkennenswert, daß die preussische Regierung jetzt in der fraglichen Angelegenheit durch einen Brief des preussischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler die Initiative ergriffen und das Reichskabinett vor die klipp und klare Frage gestellt hat, wie es zu einer Verlängerung des Republikshutgesetzes steht. Dieser Brief ist durch eine bedauerliche Indiskretion bereits am Donnerstag abend in einem Berliner Spätabendblatt veröffentlicht worden, ohne daß der Reichskanzler ihn offiziell zur Kenntnis genommen hatte und sich die Reichsregierung mit ihm beschäftigen konnte. Die preussische Regierung wird über den Ursprung dieser Indiskretion am Freitag eine Untersuchung einleiten und den Urheber bestrafen. Immerhin hat dieser bedauerliche Zwischenfall der Sache an sich nicht geschadet, sondern eher genützt; denn jetzt sind die Augen der Weltöffentlichkeit in der ganzen Welt auf einen Tatbestand gerichtet, der schnellstens einer positiven Klärung durch alle zuständigen Instanzen bedarf.

Der Brief des preussischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler hat folgenden Wortlaut:

„Ich beehre mich ergebenst, Ihre Aufmerksamkeit, Herr Reichskanzler, auf die Frage der Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 zu lenken, die bei Gelegenheit der Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern im Reichstage angeschnitten worden ist, wobei der Herr Reichsminister des Innern erklärt hat, daß sie in den zuständigen Reichsministerien geprüft werde. Die Frage erscheint nach Lage der Sache der Preussischen Staatsregierung von so erheblicher politischer Bedeutung, daß sie es für notwendig hält, die Angelegenheit sobald wie möglich geklärt zu sehen, und zwar besonders aus den folgenden Gründen:

1. Mit dem Ablauf des Republikshutgesetzes würde es, wenn nicht besondere gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, in Zukunft an der Möglichkeit fehlen, gegen Bestrebungen und Organisationen, die staatsfeindliche Ziele und Zwecke verfolgen, einzuschreiten. Die Bestimmungen des geltenden Strafgesetzbuches über hochverräterische Bestrebungen können schon deshalb keinen ausreichenden Ersatz bieten, weil die im § 7 Ziffer 4 und 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik mit Strafe bedrohten Bestrebungen, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben, nach der ständigen höchstgerichtlichen Rechtsprechung durchaus nicht solche zu sein brauchen, die als Hochverrat oder strafbare Vorbereitungen dazu anzusehen sind. Die vorerwähnten Bestimmungen des Republikshutgesetzes bedrohen vielmehr mit Strafe jede gegen den Bestand der verfassungsmäßigen Staatsform gerichtete, eine gewisse Dauer in sich schließende Tätigkeit, wenn sie von einer geheimen oder staatsfeindlichen oder bewaffneten Organisation verfolgt wird, gleichviel, ob diese Tätigkeit, für sich betrachtet, gesetzlich oder ungesetzlich, insbesondere gewalttätig ist oder nicht.

Ebenso wenig wie die Bestimmungen des § 7 Ziffer 4 und 5 des Republikshutgesetzes kann nach Auffassung der Preussischen Staatsregierung zurzeit die Handhabe zur Strafverfolgung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beschimpfung oder Herabwürdigung der verfassungsmäßigen Staatsform wie auch der Reichsflagge (vergl. § 8 Ziffer 1 und 2 des Republikshutgesetzes) sowie die Möglichkeit, republikfeindliche Versammlungen zu verbieten und staatsfeindliche Organisationen zentral aufzulösen, entbehrt werden.

2. Dazu kommt auch noch die Möglichkeit einer Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland, gegen die nach Auffassung der Preussischen Staatsregierung Vorkehrungen getroffen werden muß. Es mag dahingestellt bleiben, ob die durch die Presse gegangenen Gerüchte über Rückkehrabsichten des ehemaligen Kaisers eine sachliche Unterlage haben, jedenfalls erscheint es der Preussischen Staatsregierung im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung und zur Vermeidung außen- und innenpolitischer Verwicklungen unbedingt geboten, auch weiterhin eine rechtliche Handhabe dafür

zu besitzen, die die Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland unterjagt, und daß bei einer etwaigen Rückkehr seiner Freizügigkeit Beschränkungen auferlegt werden können. Bisher besteht nach § 23 des Gesetzes zum Schutze der Republik die Möglichkeit, dem früheren Kaiser die Rückkehr in das Deutsche Reich ganz zu unterjagen oder doch seiner Freizügigkeit Beschränkungen aufzuerlegen. Eine derartige Vorschrift kann nach Auffassung der Preussischen Staatsregierung um so weniger entbehrt werden, als das frühere Königshaus bei den Auseinandersetzungsverhandlungen über sein Vermögen auf die Zuerkennung des Schlosses Homburg als Wohnsitz für den früheren Kaiser großen Wert gelegt hat. Würde nunmehr das Republikshutgesetz aufgehoben werden, ohne daß an seine Stelle eine andere entsprechende gesetzliche Bestimmung tritt, so bestände die Möglichkeit, daß diese Veränderung der Rechtslage den ehemaligen Kaiser zur Rückkehr auf deutsches Reichsgebiet bestimmt.

Die Preussische Staatsregierung weiß sich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, und mit der Reichsregierung darin einig, daß eine Rückkehr des ehemaligen Kaisers nach Deutschland sowohl aus außen- wie aus innenpolitischen Gründen unbedingt verhindert werden muß. Sie beürchtet indessen, daß im Falle einer Aufhebung des Republikshutgesetzes neue gesetzgeberische Maßnahmen zur Bekämpfung staatsfeindlicher Organisationen, sowie zur Verhinderung einer Rückkehr des ehemaligen Kaisers im Reichstage möglichenfalls nicht die erforderliche Mehrheit finden würden, daß also sicherlich schon die Einbringung einer entsprechenden Vorlage sehr bedenkliche Unruhe und Aufregung hervorrufen würde. Sie hält es infolgedessen für dringend erforderlich, daß das Republikshutgesetz über die Dauer seiner jetzigen Gültigkeit — den 21. Juli 1927 — hinaus verlängert wird.

Ich beehre mich, ergebenst um eine baldgefällige Mitteilung der Stellungnahme der Reichsregierung zur Frage dieser Verlängerung des Republikshutgesetzes besonders deshalb zu bitten, weil sich die Preussische Staatsregierung gegebenenfalls schon jetzt

darüber schlüssig werden muß, welche Maßnahmen sie für den Fall treffen müßte, daß das Republikshutgesetz aufgehoben werden sollte, ohne daß entsprechende gesetzliche Vorschriften an seine Stelle treten. Ich darf diesbezüglich insbesondere darauf hinweisen, daß der § 23 des Republikshutgesetzes die Möglichkeit vorsieht, schon jetzt dem ehemaligen Kaiser die Rückkehr auf deutsches Reichsgebiet zu unterjagen bezw. eine Beschränkung seines Aufenthalts auszusprechen. Von den Entschliefungen der Reichsregierung in Hinsicht auf die Verlängerung oder Aufhebung des Republikshutgesetzes wird die Preussische Staatsregierung es abhängig machen müssen, ob sie der Frage eines Antrages an die Reichsregierung auf eine vorbeugende Aufenthaltsunterjagung bezw. Aufenthaltsbeschränkung für den ehemaligen Kaiser vor Aufhebung des Republikshutgesetzes näherzutreten soll.

Hermine's Pläne

Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen veröffentlicht die „Vollz.“ heute früh einen Briefwechsel, der zwischen dem Staatssekretär Weismann und dem Generalbevollmächtigten des Hohenzollernhauses geführt wurde. Der Staatssekretär des Preussischen Staatsministeriums schreibt:

„Zeitungsberichten zufolge beabsichtigt die Gemahlin des früheren Königs demnächst das Palais Unter den Linden 37 zu beziehen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß diese Nachrichten nicht aus der Luft gegriffen sind. Die Preussische Staatsregierung würde die Ausführung dieses Planes für politisch in höchstem Maße bedenklich halten. Ansammlungen vor dem Palais sind mit Sicherheit vorauszusetzen. Die Uebnahme irgendeiner besonderen Gewähr für die Sicherheit der Bewohner des Hauses müßte die Regierung unter diesen Umständen ablehnen. Daß Rundgebungen vor dem historisch schmerzlichen Palais oder gar Beschädigungen an diesem mit Recht besondere Empörung in der Bevölkerung hervorrufen würden, bedarf keiner Ausführung. Ich bitte daher, mit aller Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß die eingangs erwähnte Absicht nicht zur Ausführung gelangt.“

Der Generalbevollmächtigte des normals regierenden Königshauses, Oberst a. D. von Kleist, erklärte in seinem Antwortschreiben, die Kaiserin Hermine beabsichtige nicht, in Berlin zu revidieren; sie habe die Räume nur für einen „vorübergehenden Aufenthalt“ herrichten lassen.

Das langt gerade!

Die Strafanträge im Wilms-Prozess

4 Todesurteile beantragt

Auch Schulz ist darunter

Im Moabiter Fememordprozess Wilms stellte gestern der Vertreter der Anklagebehörde folgende Strafanträge: gegen den Angeklagten Fuhrmann Todesstrafe, gegen den Angeklagten Umhofer Todesstrafe, gegen den Angeklagten Schaprotz Todesstrafe, gegen den Angeklagten Schulz Todesstrafe und gegen diese vier Angeklagten Abtrennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit,

gegen den Angeklagten von Pojer die Mindeststrafe von 3 Jahren Zuchthaus unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft,

gegen die Angeklagten Budzinsky und Stantien Freisprechung wegen Mangels an Beweisen.

Hinsichtlich des Angeklagten Schulz stellte die Staatsanwaltschaft den Eventualantrag, das Verfahren gegen Schulz abzutrennen, wenn sich das Gericht von dessen Schuld noch nicht hinreichend sollte überzeugt haben.

Mehr als drei Stunden haben die Plädoyers der beiden Anklagevertreter beansprucht. Nach kurzen Einleitungsworten des Ersten Staatsanwalts Krombrecht sprach Staatsanwaltschaftsrat Lesser auf Grund seiner bis in die kleinste Einzelheit gehenden Sachkenntnis über die Gesamttat und über den Anteil der sechs Angeklagten, die der Mittäterschaft und der Beihilfe angeklagt sind. Dann behandelte Erster Staatsanwalt Krombrecht die Schwarze Reichswehr als den Boden, aus dem diese Art der Verbrechen erwachsen, und die Fememorde im allgemeinen, sowie die gegen Schulz gerichtete Anklage wegen Anstiftung.

Der Erste Staatsanwalt nannte die Dinge beim rechten Namen. Mit Genugtuung stellte er fest, daß die Verhandlungsführung es gestattete, ein Bild des gesamten Bodens zu gewinnen, aus dem diese Art Straftaten emporprossen: die der Reichswehr los angegliederten Arbeitskommandos, die Schwarze Reichswehr. Scharf charakterisierte er die Besonderheit der Fememorde: einheitliche Einsetzung verschiedener Leute

zum richtigen Zeitpunkt zu einheitlicher Handlung. Das Zusammentreffen der Umstände ergibt zwingend, daß hier kein Zufall im Spiele sein kann, sondern planmäßige einheitliche Zusammenführung. Und Staatsanwaltschaftsrat Lesser stellte fest, daß eine Fememordorganisation bestanden hat, die auf diese Methode Leute, die als Verräter galten, bereitete. Die Zahl der Fememorde sei übertrieben worden, aber auf zehn müsse man die Zahl veranschlagen. Das System stammt aus Oberösterreich: Man schlägt den Missetätigen aus einer Hand in die andere, bis er schließlich im Dunkel verschwindet.

Der Erste Staatsanwalt warf die Frage auf, wer „die geheimnisvolle Kraft im Hintergrund“ gewesen sei, welche „die Leute wie Marionetten am Draht handhabte“. Und er zeigte, daß die Jäden im Wehrerkommando zusammenliefen, in der Hand des Sachbearbeiters der Arbeitskommandos, der im Rahmen der Hochverratsorganisation zugleich der Adjutant des Majors Buchruder war und von diesem in seiner Autorität bestätigt. Er erinnerte an die Beteiligung des Schulz an den in Landsberg verhandelten Fällen und er stellte zusammen, was Schulz im Falle Wilms getan hat: Schulz ließ Wilms nach Rathenow bringen, Schulz teilte Pojer die Strafverurteilung mit, Schulz befahl, den Wilms zur angeblichen Waffenverfassung einzuteilen, Schulz stellte dem Fuhrmann das Merdanto zur Verfügung. Die in der Hauptverhandlung aufgetauchte Befestigung des Gutknecht wies der Staatsanwalt als ungläubhaft zurück. Wie ein Zeuge es sagte, so war es: man beschuldigt immer die Abwehenden. In der ganzen Voruntersuchung ist nie von Gutknecht gesprochen worden. Erst jetzt, da er in Afrika ist, greift man auf ihn zurück.

Wenn Schulz befreit, das Ferngespräch mit Pojer geführt zu haben, so sei das sein Recht als Angeklagter. Die braune Fernsprechquittung vom 17. 7. 1923, welche die Staatsanwaltschaft selbst „in Wahrung strengster Objektivität“ vorgelegt habe, sei kein wesentliches Entlastungsmaterial, weil sie auf ein anderes Gespräch Bezug nehme. Bei der Vernehmung des Gefängnisgehilfen, der von Zelle zu Zelle ging und dabei verurteilte, die Aussagen der Angeklagten in Einklang zu bringen, sei ihm, dem Staatsanwalt, „erst ein Licht aufgegangen“ über gewisse Vorgänge seiner Praxis, die „auf ein Wallen offener Mächte“ hätten schließen lassen. Wenn Schulz, die einander widersprechenden, kamen in Untersuchungshaft, wurden streng voneinander abgefordert, und mit einem Male kam das Wunder zustande, daß die bisher ganz verschiedenen Angaben der Angeklagten übereinstimmten. „Wenn ein Seelenger seine Rechte so auslegt, können wir die Untersuchungsgefängnisse schließen, die Untersuchungsrichter abbauen, und die Ermittlungen des Tatbestandes der „Seelensorge“ überlassen.“

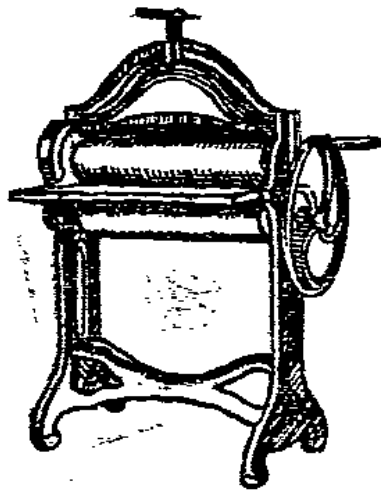
Heute

Entwurf des Sozialdemokratischen Agrarprogramms

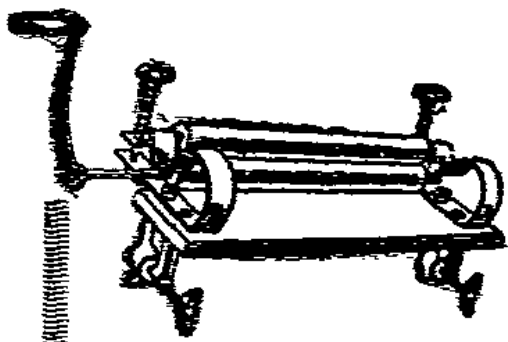
(Siehe 3. Beilage)

Haushaltsartikel

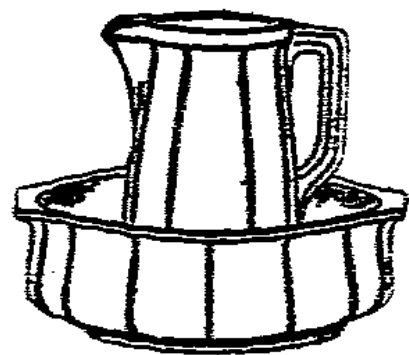
beispiellos billig



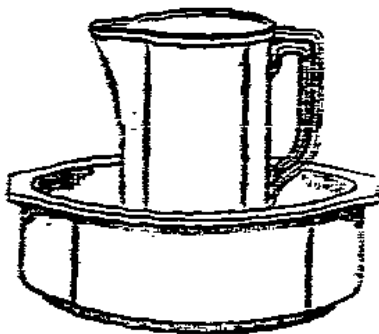
Gestellmangel
Original Miele..... **56⁰⁰**



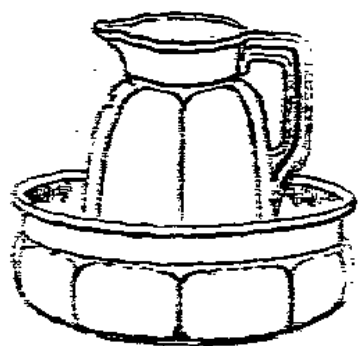
Wringmaschine
Heißwasserwinger
36 cm Walze..... **17²⁵**
5 Jahre Garantie!



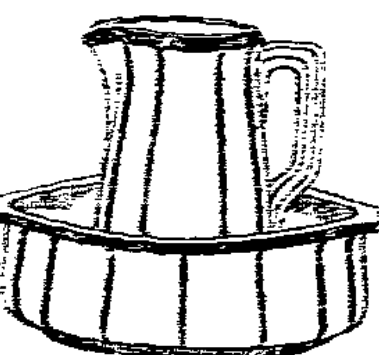
Waschgarnitur
5teilig, mit schwarzen
Streifen..... **8⁵⁰**



Waschgarnitur, groß
5teilig, mit breitem
Martgoldrand..... **9⁵⁰**



Waschgarnitur
5teilig, mit Goldrand,
groß..... **10⁵⁰**



Waschgarnitur
5teilig, groß, Polier-
goldrand..... **13⁵⁰**

Verzinkte Waren

in schwerer westfäl. Qualität

Waschwannen, la. verzinkt

36	40	45	56	65	75 cm
1 ⁶⁰	1 ⁸⁰	2 ²⁵	2 ⁹⁰	3 ⁹⁰	5 ⁹⁰

Waschkessel, la. verzinkt

32	34	36	38	40	42 cm
2 ⁹⁰	3 ²⁵	3 ⁷⁵	4 ²⁵	4 ⁷⁵	5 ²⁵

Mülleimer, la. verzinkt

30	32	34	36	38	40 cm
3 ⁹⁰	4 ²⁵	4 ⁷⁵	5 ⁵⁰	6 ²⁵	7 ²⁵

Eimer la. verzinkt, 28 cm Durchmesser

95⁵⁰

Zum Groß-Reinmachen

Sidol-Metallputz..... **14⁵⁰**

Metalltopfbälle..... **15⁵⁰**

Schmutzbürsten..... **18⁵⁰**

Metalltopflappen..... **18⁵⁰**

Poliertücher..... **25⁵⁰**

Schuhcreme..... **25⁵⁰**

Schrubber..... **30⁵⁰**

Kleiderbürsten..... **30⁵⁰**

Schmierseife..... 1 Pfd. **32⁵⁰**

Waschbürsten..... **35⁵⁰**

Teppichbürsten..... **35⁵⁰**

Glanzbürsten..... **35⁵⁰**

Stahispäne..... 1/2 Pfd. **35⁵⁰**

Handwaschbürsten..... **35⁵⁰**

Ausklopfer..... **45⁵⁰**

Möbelpinsel..... **45⁵⁰**

Fensterleder..... **60⁵⁰**

Klosettbürsten..... **60⁵⁰**

Bohnerwachs 1-Pfd.-Dose **80⁵⁰**

Kernseife..... 1 kg **95⁵⁰**

*
Reißhaarbesen **1⁹⁵ 2⁴⁵**

Staubsauger

»Vampyr«

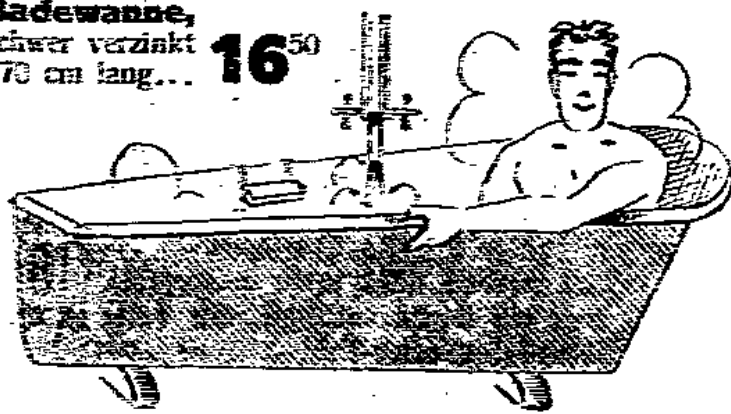
mit Zubehör (20.-)

98.-

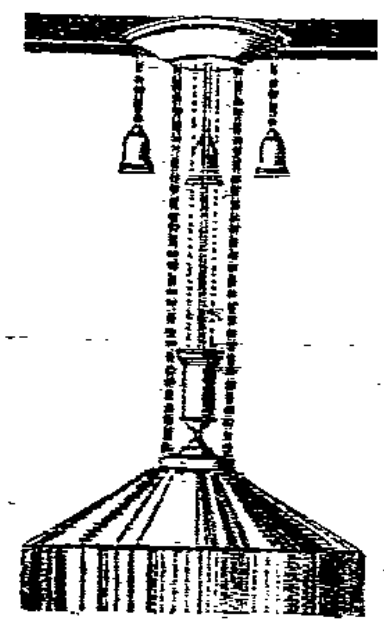
eine Zubehör.

Badewanne,

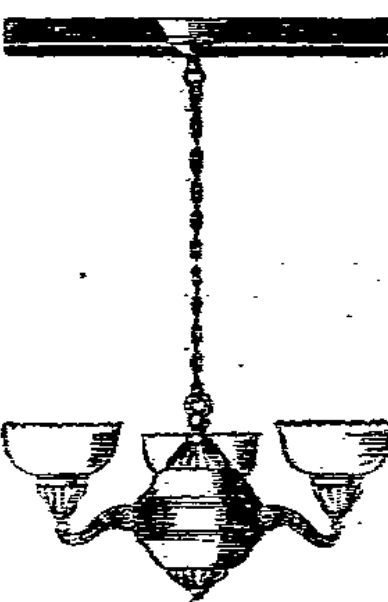
schwer verzinkt
170 cm lang... **16⁵⁰**



Fahrstuhl bis zum 3. Stock.



Zuglampe
rein Messing, Seidenschirm
mit Franse
60 cm Durchmesser
29⁷⁵



Herrenzimmerkrone
rein Messing, dreiarmig,
steh. oder hängend, Licht
19⁷⁵

Aluminium

mit Porzellan-Isoliergriffen

Schmortöpfe mit Deckel

16 cm	18 cm	20 cm	22 cm Ø
3.25	3.45	4.25	4.90

Wasserkessel

18 cm	20 cm	22 cm Ø
4.75	5.75	6.25

Schöpflöffel..... Stück **50⁵⁰**

Soßenlöffel..... Stück **25⁵⁰**

Pfannen..... Stück **65⁵⁰**

Stielkasserollen

12 cm	14 cm	16 cm	18 cm Ø
2.10	2.35	2.70	3.25

Emaile

Schmortöpfe, grau

16 cm	18 cm	20 cm	22 cm Ø
1.10	1.25	1.50	1.75

Wasserkessel, grau

18 cm Ø	20 cm Ø	22 cm Ø
2.45	2.65	2.95

Kaffeeflaschen..... **1.10**

Schüsseln, weiß, tief

22 cm	24 cm	26 cm	28 cm Ø
75 ⁵⁰	95 ⁵⁰	1.25	1.35

Nachtgeschirre..... **65⁵⁰**

Haushaltwaren

Brotkörbe..... **75⁵⁰**

Briefkästen lackiert..... **1.25**

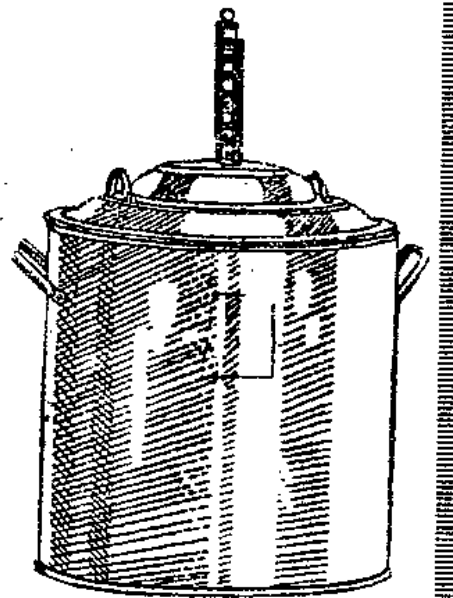
Brotkästen lackiert... 2 kg **2.90**

Wirtschaftswagen
„Krupps“..... **3.45**

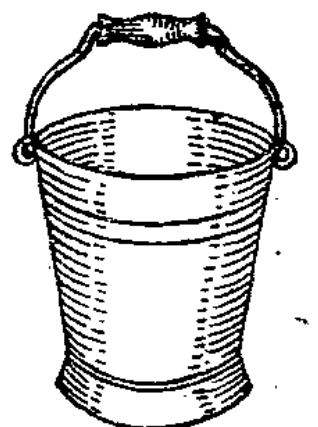
Wandkaffeemühlen..... **4.75**

Brot Schneidemaschine
Rundmesser..... **9.75**

*
Teppichkehrmaschinen
aus gutem Material..... **9⁵⁰**



Einkoch-Apparat
komplett..... **4⁹⁰**



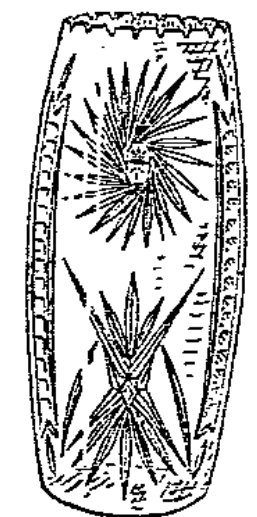
Eimer, grau emaill.
28 cm..... **95⁵⁰**



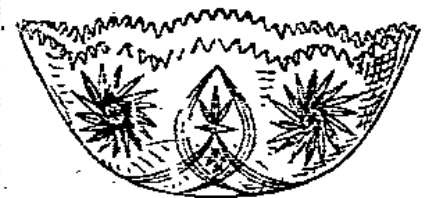
Tortenteiler
30 cm..... **1²⁵**



Kompott-
teller..... **12⁵⁰**



Blumenvase
25 cm..... **1²⁵**



Kompottschale
20 cm..... **65⁵⁰**



Erdbeerschale
20 cm..... **1²⁵**

Karstadt

Zur Konfirmation

Konfirmanten-Anzüge	42.50	36.50	29.50	24.50	19.50
Herrn-Anzüge	69.50	59.50	49.50	38.50	29.50
Herrn-Hosen	12.50	9.95	7.95	5.95	4.95
Breeches-Hosen	12.50	9.50	8.95	6.95	4.95
Sommer-Joppen für Herren	6.95	5.95	4.95	3.95	3.95
Herrn-Gummi-Mäntel	29.50	25.00	19.50	14.50	14.50
Kleidwesten für Damen u. Herren	14.50	11.95	8.95	6.95	5.95
Baumwoll-Musseline	Meter 98	78	68	58	58
Woll-Musseline	Meter 3.95	3.40	2.95	1.95	1.38
Waschseide, Neuheiten	Meter 2.25	1.95	1.68	1.38	1.25
Waschsamt in vielen Farben	Meter 2.40				
Kinder-Schlupfhosen	88	75	65	58	50
Damen-Schlupfhosen	1.70	1.45	1.25	1.10	95
Schlafdecken	1.30	98			
Kinder- und Damen-Strümpfe stets Neuheiten					4100

Johannes Holst

Markt 6 Lübeck Kohlmarkt 6
Filiale Kücknitz, Hauptstraße 7

Echt goldene Trauringe

333 gefl. v. Wt. 4.— an
585 gefl. v. Wt. 8.— an

Uhren

für Herren v. Wt. 4.— an
Silber v. Wt. 18.— an
Ketten v. Wt. 0.50 an

Armbanduhren

Wt. 6.75 8.50 12.50
Silber Wt. 16.50 18.50 20.—
Gold 585 gefl. von Wt. 32.— an

1 Jahr Garantie
Hermann Voss
Uhrmacher
Fleischhauerstr. 36



Spielfarten

gut und billig
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Verkaufen Sie Ihre Zidcl

an das Belhans
Friedrich Zimmermann
Königsstraße 24
Ede Pfaffenstraße
Ich zahle hohe Preise,
da ich 4118
Selbstverbraucher bin

Doppel-Kümmel Fl. 1.80
Düffel-Kümmel Fl. 1.95
Düffel-Aquavit Fl. 2.00
Ficusbg. Aquavit spez. ge-
eign. f. Kaffeepunsch 2.20
Löffelb. Kümmel Fl. 2.60
Löffelb. Aquavit Fl. 3.00
Wermbr. Verichg. Fl. 2.30
Reiner Weinbr. Fl. 2.95
Jamaika-Rum-B. Fl. 2.30
Bawavia-Arrak-B. 40% Fl. 3.25

Edel-Getröde

1922er 4112
Hotel- u. Rheinweine
Ehr. Apfelwein Fl. 0.50
Obstfett o. St. Fl. 1.60
f. Rotweine Fl. 1.60
la. Zaragona Fl. 1.20
Bordeaux-Weine Fl. 1.40
Jugel Samos Fl. 1.60
Malaga Fl. 2.00
Doux-Portwein Fl. 2.30
Krautwein Fl. 2.60

Ernst Voss

Große Burgstraße 59
Zerack 28 410

Billige Konserven

2-2-D. Gem. Erbsen 0.58
2-2-D. Jung. Erbsen 0.68
2-2-D. Erb. mittelf. 0.88
2-2-D. Erbsbohnen 55 0.58
2-2-D. Schnittb. 55 0.58
2-2-D. Bohnenbohnen 0.58
2-2-D. Spinat 0.60
2-2-D. Grünkohl 0.50
2-2-D. Rotkohl 0.45
2-2-D. Weißkohl 0.40
2-2-D. Kohlrabi 0.45
2-2-D. Jg. Karotten 0.39
2-2-D. Zucchini 0.75
2-2-D. Apfelsauce 0.70

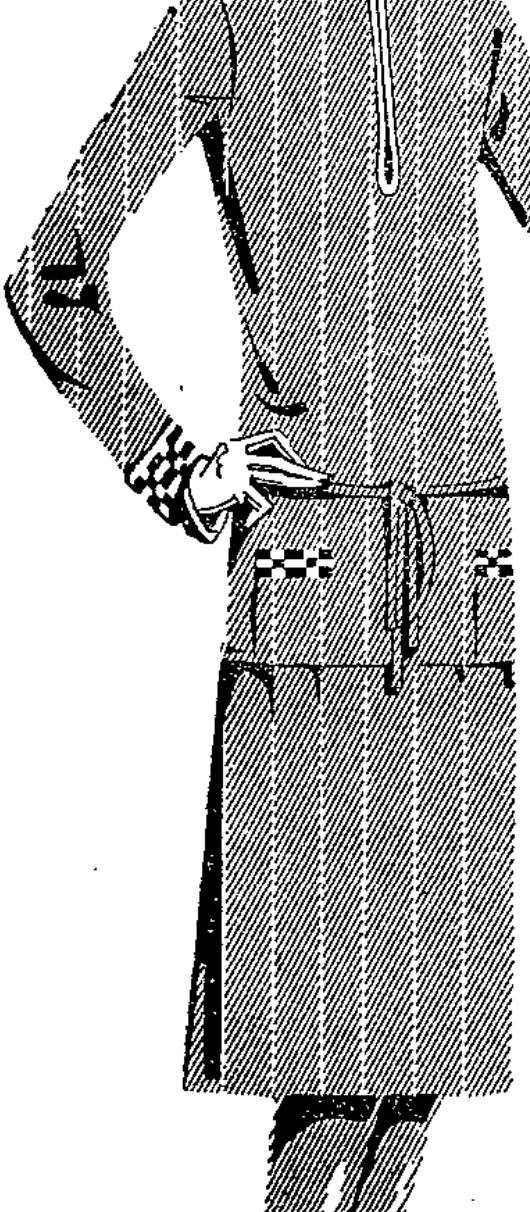
Getr. Früchte

Apfelsäure 1.20
Kirschen 0.80
Kaffirn. Birnen 0.70
Gehaltl. Birnen 0.45
Nektar 0.45
Pflaumen 0.38, 0.48

Edvard Speck

Süßstraße 29/34

Das fische Pullover-
Kleid



MARK
21.75

Pullover-Kleid aparte Aus- führung, mit Seideneffekt	13.75
Pullover-Kleid kariert, m. Bordeneinfassung	16.75
Pullover-Kleid Sport - Me- lang, m. Seidenstreifen, kar.	19.75
Damen-Jacken ap. Muster, mit Wollpelzbesatz	11.75
Damen-Jacken Wolle mit Seide, mit Schalkragen	19.75
Pullover mit Seideneffekt	2.95
Pullover reine Wolle, hübsch gemustert	4.95
Pullover Kunstseide, m. Kra- gen, hübsche Muster	4.95
Pullover aparte engl. Mu- ster, reine Wolle	4.95
Sportwesten reine Wolle, einfarbig u. gemustert	5.95

KARSTADT & Co.

Mifa Das Qualitäts-Fahrrad

59 - 64 - 79 - 90
100 M usw.

Mifa-Fabrikverkaufstelle
Lübeck, Gr. Burgstr. 23
Leiter: Heinr. Körner
Katalog gratis von dieser Stelle
oder unmittelbar durch Mifa-Werke
Niederlassung für Norddeutschland
Berlin, Belle-Alliance-Str. 6



2. Dortmunder 6 Tagerennen
Sieger: Lorenz-Tonani
Zweite: Kroll-Miethe auf Mifa

Eine neue Leistung bedeuten meine kompletten Speisezimmer

echt Eiche, dunkel gebeizt, feilig
Holstein RM. 590.—
Hamburg RM. 675.—
Stendal RM. 700.—
Lübeck RM. 715.—
Münster RM. 750.—
u. s. w.
Unübertroffen in Qualität, Preiswürdigkeit u. Auswahl
Freie Besichtigung erbeten

Johann Pamperin

gegr. 1867 (4114)
Mühlentstraße 47

Empfehle meine erstklassigen Göricke- und Herkules-Fahrräder

In prima Ausführung
und billiger Preislage
Spezial-Räder von 60 RM. an
mit Freilauf 75 Reichsmark
Auf Wunsch Teilzahlung
Theodor Vedder
Schwartauer Allee 37 4040

Die Liebe geht durch den Magen!



Die besten Rezepte, erprobt und abgeschmeckt von alten erfahrenen
Köchinnen, Tausendkünstlerinnen aus allen Küchen, finden Sie in den
Ullstein-Sonderheften: Eierspeisen auf hundert Weisen, Kartoffel-
gerichte - wahre Gedichte, Bäckereien und Leckereien, Kuchen und Torten in
allerlei Sorten, Suppen und Soßen, Wild und Geflügel, Fisch, Gemüse und
Tomaten! Kalte Süßspeisen, Warme Süßspeisen, Kalte Küche und Salate!
Bowlen und Pünche! Vom Obsteinmachen, und viele andere gute Sachen!
Sie sind für 75 Pfennig (Doppelhefte* für Mark 1.25) erhältlich
Buchhandlung Lübecker Volksbote Johannisstraße 46

Angrenzende Gebiete

Provinz Lübeck

Schwartau-Mensfeld. Soz. Frauengruppe. Am Sonntag, dem 27. März, vorm. 10 1/2 Uhr findet in Lübeck im Gewerkschaftshaus die internationale Kundgebung statt. Wir beteiligen uns geschlossen daran. Treffpunkt 9 1/2 Uhr auf dem Schwartauer Markt. Um zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und Genossen bitten
Der Vorstand.

Seezoo-Dänischburg. Soz. Frauengruppe. Am Sonntag, dem 27. März, vormittags 10 1/2 Uhr findet in Lübeck im Gewerkschaftshaus die internationale Kundgebung statt. Wir beteiligen uns geschlossen daran. Abmarsch vorm. 8 1/2 Uhr vom Lokale des Genossen E. Cords. Wir schließen uns den Schwartauer Genossinnen an. Abfahrt Schwartau-Markt 9 25 Uhr. Um zahlreiche Beteiligung der Genossinnen und der Genossen bitten
Der Vorstand.

Ratkau. Soz. Verein. Am Sonnabend, dem 26. März, findet im „Fürst Blücher“ eine sehr wichtige Parteiversammlung statt. Da wir uns mit Gemeinde-Angelegenheiten zu befassen haben, ist es Pflicht aller Parteimitglieder zu erscheinen.
Der Vorstand.

Eutin. Holzverkäufe am Dienstag, dem 29. März, nachmittags 3 Uhr, im Neudorfer Krug; Butterberg Nr. 611—852 und am Donnerstag, dem 31. März, nachmittags 3 Uhr, in Steffens Gasthaus zu Lienzfeld: 1. Rehprung-Türkerholz Nr. 10—86 und 115—196. 2. Statkoppel Nr. 90—119.

Mecklenburg

Bülow. Verunfallter Nord an der eigenen Frau. Der Schuhmacher Wilhelm Jettner aus Detteln bei Bülow hatte verunfallt, seine Frau, die er mit 15 500 Mark bei einer Reihe von Zeitschriften und Lebensversicherungs-Gesellschaften versichert hatte, zu ermorden. Die Frau hat durch Beihilfe 10 Verletzungen am Kopf erlitten. J. hatte dann vorzugsweise versucht, die Frau sei vom Boden gefallen und hätte sich am Bein verletzt. Es wurde aber kein blutiger Hof gefunden, den er im Beise eines seiner Kinder verdeckt hatte. Das Schwurgericht in Güstrow verurteilte J. zu zehn Jahren Zuchthaus.

Oldenburg

Oldenburg. Dem Landtag ist der Haushaltsplan des freistaates Oldenburg zugegangen. Die Sozialdemokraten beantragten bei der Landeswohlfahrtspflege Erhöhung dieser Position um 25 000 Mark auf 180 000 Mark. Für das Korbseebad Tossens beantragten die Sozialdemokraten eine einmalige Beihilfe von 3000 Mark. Zum Kapitel Erwerbslosenfürsorge ist erwähnenswert, daß der höchste Stand der Erwerbslosigkeit im Februar 1926 mit 10 026 Hauptunterstützungsempfängern erreicht war, davon waren im Landesteil Oldenburg 7235 Personen erwerbslos. Den niedrigsten Stand der Erwerbslosigkeit des Vorjahres verzeichnete man im August mit 3993 Personen. Die Etatsposition „Berufsschulen“ beantragten unsere Genossen um 75 000 Mark auf 232 000 Mark zu erhöhen, das ist etwa bei der Verteilung auf die Gemeinden die Übernahme von 50 Prozent ihrer Ausgaben.

Vorstand und Ausschuss

(einschl. Bezirksführer)

Sonnabend, 26. März, abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus

Musik und Gemeinschaft

Betrachtung zur Beethoven-Feier

Die bürgerliche Gesellschaft hat immer einen feinen Instinkt für das Wesentliche gehabt. Wesentlich erschien ihr nur, was ihre Herrschaft konservierte. Alles, was diesem Zwecke zuwider sein konnte, behielt sie sich vor und ließ die Massen nur davon profitieren, wenn und solange es ihren Herrschaftszwecken nicht gefährlich werden konnte. Man braucht nur eine Kulturangelegenheit von höchster Bedeutung zu nennen, die Musik, um die Wahrheit dieser Behauptung erhärtet zu finden.

Musik ist Gemeinschaftskunst, Ausdruck seelischer Stimmung und Empfindungen, die das Individuum in den Zusammenhang mit feinesgleichen, mit der Natur überhaupt bringen. Was in den Massen ahnend lebt, ohne über die Bewußtseinschwelle zu treten, Sehnsucht bleibt, die keine Worte findet und deshalb keinen Tatwillen entzündet, gewinnt im musikalischen Klang vereinigende Gewalt, reißt den Einzelnen in die Masse, entreißt ihm die Persönlichkeit und zwingt ihn als schwingendes Teil in den unendlichen Strom der Gemeinschaft, der die Welt erobert und zu umfluten drängt.

Musik vervielfacht also die Kraft des Individuums, indem sie sie zusammenfaßt und einheitlich bindet. Ihre Zauberkräfte sind Takt und Rhythmus. Die Galeerenflaven vergangener Epochen tauchten ihre Ruder nach dem Hammerakt ihres Aufsehers ins Wasser, mit der Melodie der Marschmusik auf den Lippen erkümmerten die Kommunisten die Barrikaden und selbst in das Trommelfeuer des Weltkrieges rannten die Opfer des Militarismus — gleichen Schritt mit dem aufsteigenden Klang militärischer Weisen in den Ohren...

Zur Freude wie zur Trauer hebt Musik die Menschen über alle individuellen Stimmungen empor, eint sie in einem Bewußtsein, das aus dem Gefühl der Schicksalsgemeinschaft und des Massenbegriffes seine Antriebe erhält. Musik ist also nicht individuelle Aussprache, sondern erregendste, weil unmittelbarste Gestaltung gesellschaftlicher Gefühle und Forderungen.

Und deshalb hat die Kulturpolitik des Klassenstaates bis heute die Musik als Geheimwissenschaft behandelt, deren Kenntnis den breiten Massen nicht fromme. Gemäß Bedarf Musik keines Stadiums wie eine fremde Sprache, weil sie an das Gefühl appelliert. Aber ebenso gemäß erschließen sich auch die vollen überwältigenden Reize einer Beethoven-Symphonie nur dem, der mit dem Handwerkszeug des Komponisten vertraut ist, die Form- und Klanggesetze musikalischer Kunst und ihre Ausdrucksmittel kennt.

Hamburger Bürgerschaft

dt. Hamburg, 28. März.

Die letzte Sitzung der Hamburger Bürgerschaft arbeitete fast die ganze und umfangreiche Tagesordnung auf. Darin liegt schon angeklagt, daß das Haus sich freimachen will für die unmittelbar bevorstehende Einzelberatung des Haushaltsplans für das Jahr 1927/28. Der Haushaltsausschuß hat seine Beratungen abgeschlossen. In der nächsten Woche wird sein Bericht der Bürgerschaft zugehen. Die Aufarbeitung der Tagesordnung machte allerdings vor allem darum keine Schwierigkeiten, als es sich zumeist um Selbstgänger handelte, die debattelos durchs Ziel gingen. Zwei Punkte waren es aber, bei denen das Haus etwas länger verweilte. Einmal handelt es sich um die Gründung einer Wohnungsverwaltungsgesellschaft, die im Ausschuss beraten wurde und von diesem zur Annahme empfohlen worden ist. Diese zu gründende Wohnungsverwaltungsgesellschaft geht auf einen sozialdemokratischen Antrag zurück, der die Verwaltung und Bewirtschaftung aller Staatsbauten durch eine Gesellschaft forderte. Aus dieser Forderung ist allerdings ein Kompromiß entstanden, der in der jetzt beschlossenen Gestalt sehr stark von den sozialdemokratischen Wünschen abweicht. Die zu gründende Wohnungsverwaltungsgesellschaft soll zunächst nur einen bestimmten Wohnhauskomplex Hamburgs verwalten. Eine Erweiterung ihrer Befugnisse wird für einen späteren Zeitpunkt in Aussicht gestellt. Unter nochmaliger Betonung der grundsätzlichen Stellung durch den Genossen Lenteritz wurde die Vorlage in erster Lesung angenommen.

Im Mittelpunkt der Mittwochs-Sitzung stand nun eine für die hamburgische Finanzpolitik außerordentlich peinliche Angelegenheit. Während der Inflation war ein Hamburger Kaufmann an den Staat herangezogen mit dem Plan, in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes auf einem 18 000 Quadratmeter großen Gelände ein riesiges Messehaus zu errichten. Der gigantische Plan fand damals die ungeheilte Begeisterung der Finanzdeputation, des Senats und schließlich auch der Mehrheit der Bürgerschaft. Für ein Spottgeld, nämlich für 10 Mark für den Quadratmeter wurde der Firma Liejegang & Rosch das fragliche Gelände, auf dem heute noch ein Museum, eine Badeanstalt und ein altes Kloster stehen, überlassen. Im ganzen hat die Firma bis heute 141 900 Mark für das Gelände bezahlt. Sie hatte sich, wenn auch nicht vertraglich, so doch mündlich verpflichtet, sofort mit dem Bau des Messehauses und mit der Errichtung des Museums an einer anderen Stelle der Stadt zu beginnen. Der Vertrag, der damals abgeschlossen wurde, war in vielen Beziehungen unzulänglich. Er sah beispielsweise vor, daß eine Genehmigung des Staates zur Aufnahme von Hypotheken auf das Grundstück erst in Frage kommen soll, wenn die Belohnung 15 Millionen Mark übersteigt. Weiter gab er bei Nichtausführung des Projektes dem Staat erst nach zwanzig Jahren die Möglichkeit, das Gelände zum ursprünglichen Kaufpreis zurückzufordern. Nach dem Abschluß des Vertrages kam bald das Ende der Inflation. Die Kapitalbeschaffung gelang der Firma nicht; mit dem Bau konnte also nicht begonnen werden. Bis auf den heutigen Tag ist kein Handspaten für die Errichtung des Messehauses oder den Neuaufbau des Museums getan worden. Etwas anderes ist aber geschehen. Die damals als so vertrauenswürdig bezeichnete Firma Liejegang & Rosch hat bereits 1924 ihre Rechte an dem Grundstück auf eine neugegründete Kommanditgesellschaft übertragen und dafür einen Zwischen-gewinn in Höhe von 1,1 Millionen Mark eingestrichen. Außerdem ist das Grundstück inzwischen noch mit weiteren 550 000 Mark und mit anderen Umständen, zu denen auch ein Jahresgehalt in Höhe von 30 000 Mark kommt, das sich der Geschäftsführer der Kommanditgesellschaft gesichert hatte, belastet worden. Die Gesamtbelastung des Grundstücks ist inzwischen auf 2 369 164,54 Mark angewachsen. Die Hypothek von 1,1 Millionen Mark war auch belastet worden. Nach manchem Zwischenpiel sind die Schwierigkeiten, in die die Firma geriet, größer und größer geworden. Schließlich hat ein Generaldirektor aus Hamburg sowohl die Hypotheken wie auch die Aktien der Gesellschaft übernommen.

Dieser Generaldirektor ist nun an den Staat herangetreten. Man ist zu einer vorläufigen Einigung auf der Grundlage ge-

kommen, daß Hamburg unter Aufhebung des Vertrages das Gelände, für das er 1 140 900 Mark bekommen hat, für 2 369 164,54 Mark zurückkauft. Diesen Rückkauf hat der Senat beantragt. Die Bürgerschaft beschloß sich am Mittwoch erstmalig mit dieser Angelegenheit. Es ist begreiflich, daß dieser Rückkauf zu heftigen Erörterungen in der Öffentlichkeit und auch in der Bürgerschaft geführt hat. Nachdem alle Parteien am Mittwoch zu der Vorlage Stellung genommen hatten, wurde sie zunächst an einen Ausschuss überwiesen, der die Aufgabe hat, eingehend zu prüfen, ob das große finanzielle Opfer, das der Rückkauf bedeutet, gerechtfertigt ist oder ob man einen anderen Weg gehen soll, um dieses faule Inflationsgeschäft so günstig wie möglich abzuwickeln. Die Bürgerschaft wird also noch einmal diese peinliche Sache beraten müssen.

Technik und Verkehr

STK. Der Selbstanschluß markiert. Im verflochtenen Jahre sind 221 Selbstanschlußämter beim Fernsprechnetz in Betrieb genommen worden. In Berlin und anderen deutschen Großstädten befinden sich gegenwärtig noch 25 Kemter im Bau. Angelegt ist noch das Problem des automatischen Anschlusses der kleinen Landstationen in den vielen Nichtdienststunden, nachts und Sonntags. Techniker heraus!

STK. Eine Häuserfabrik in Frankfurt a. M. Die Gemeindeverwaltung von Frankfurt a. M. hat bei ihren Siedlungsbauten ein neues Prinzip beschritten, indem sie zur Serienmäßigen Produktion von Wohnhäusern aus genormten Elementen überging. In einer nicht mehr gebrauchten Messehalle werden die Bauelemente als Betonplatten besonderer Mischung gegossen. Die Normalplatte ist drei Meter lang, 1,10 Meter breit und 20 cm dick. Die Platten werden durch Krane und Wagen zur Baustelle befördert und innerhalb 30 Minuten montiert. Ein Mauerelement gleicher Tragfähigkeit und Wärmedämmung erfordert eine Arbeitszeit von 5 Stunden. Die so erbauten Einfamilienhäuser enthalten 2 Zimmer, 2 Kammern, Kleinküche, und was besonders zu begrüßen ist, auch ein Bad. Der erste Versuchsbau mit 10 Häusern erwies sich als praktisch, so daß man jetzt 200 derartige Häuser bauen will.

STK. Untergrundbahn in Venedig. Um die Schönheiten des alten Stadtbildes vollständig zu erhalten, soll der Motorbootverkehr in den Kanälen Venedigs verboten und nur Gondeln zugelassen werden. Zur Bewältigung des starken Personenzufuhr ist der Bau einer Untergrundbahn beschlossen, die unter den Kanälen hindurch die Stadt durchquert. Die Streckenlänge beträgt 11,88 km, die Baukosten 120 Millionen Lire. Uebrigens gab es schon früher unterirdische Verbindungswege in Venedig, die von Schauergeräten umgeben sind, jetzt aber alle verfallen.

STK. Obfens im D-Tag. Die Straße von Messina, die die Insel Sizilien von Italien trennt, nannten die alten Griechen wegen ihrer gefährlichen Felsen und Riffe „zwischen Stella und Cerynäs“, die Namen zweier bössartigen Götter. Auf seinen Unfällen passierte bekanntlich der sagenhafte Obfens auch diese Gegend. Jene Meerenge wird aber bald vollständig ihre Schrecken verlieren haben, denn die etwa 6 km breite Passage soll untertunnelt werden, so daß ein direkter Eisenbahnverkehr zwischen Sizilien und dem Festland stattfinden kann. Der Südrückfrucht-Export wird dadurch etwa um zwei Tage beschleunigt.

Rundfunk

Das Paradies der Schwarzhörner. In Island sind zurzeit gegen 4000 Radiöhörer eingetragen, aber die wirkliche Zahl der Hörer beträgt nach offiziellen Schätzungen mehr als das Zehnfache. Das Parlament hat nun vor einiger Zeit ein Gesetz angenommen, demzufolge die unerlaubte Benutzung von Empfangsgeräten mit einer Geldstrafe bis zu 10 Pfund Sterling (200 Mark) bestraft werden soll.

Goethe klagte in Wilhelm Meister:

... die Menschen glauben, die Organe, ein Kunstwerk zu genießen, bildeten sich ebenso von selbst aus, wie die Junge und der Gaumen, man urteile über ein Kunstwerk wie über eine Speise ... Sie begreifen nicht, was für einer anderen Kultur es bedarf, um sich zum wahren Kunstgenuss zu erheben ...

Für die Musik gilt dies doppelt. Und weil sie von den herrschenden Klassen in ihrer gemeinschaftlichen Gewalt durchaus erkannt ist, verhindern sie die Kenntnis ihrer Mittel, weil sie davon eine verstärkte soziale Anweisung ihres Inhaltes befürgten. So kommt es, daß die soziale aller Künste, die Musik, heute mehr oder weniger Vorbehaltsgut der herrschenden Klassen geworden ist, während die breiten Massen des Volkes sicherlich die erhebende Macht der Dritten oder Neunten Symphonie Beethovens verspüren, sich aber keine Rechenschaft ablegen können über das, was sie bei diesen gewaltigen Klängen so widerstandslos aus dem Bewußtsein des peinigenen Alltags in das Gefühl beglückender Freiheit trägt.

Und so gewiß für keine Kunst wie für Musik die Wahrheit des anderen Goethewortes gilt: „Wenn Ihr's nicht fühlt, Ihr werdet's nie begreifen ...“, so gewiß auch muß die Aufgabe einer fortschrittlichen Kulturpolitik, die von Grund auf, bei der Erziehung, einzusehen hätte, sein, alle Gefühle durch das Bewußtsein zu sublimieren, die Kenntnis der formalen Möglichkeiten und Bedingungen auch der Musik zu verbreiten, damit sie aus einer Angelegenheit bezogener Kreise wieder zu einem Bildungs- und Erhebungsgute des gesamten Volkes werde.

Wir plädieren gewiß nicht für eine Popularisierung musikalischer Kenntnisse in dem Sinne, als ob es sich um eine lebenswichtige Unumgänglichkeit handelte. Es kommt nicht so sehr auf eine Massenverbreitung von Notenkennnissen an als vielmehr auf die Erziehung zum sozialen Verständnis der Musik und ihrer Rolle in der Kulturgeschichte. Vor allem aber muß Aufklärung über die Zusammenhänge zwischen Musik und Gemeinschaft verbreitet werden, die die revolutionäre und revolutionierende Bedeutung der Musik ausmachen.

In diesen Zusammenhängen gerade ist eine wirkliche Verbreitung musikalischen Verständnisses bisher immer gescheitert. Wie alle Kunst wurde auch die Musik ein Mittel des Klassenkampfes der herrschenden Schichten gegen die beherrschten. In der Musik als dem reinsten Ausdruck von Massenstimmungen und Massenbedürfnissen, also der Internationation als letzten Endes der Gemeinschaft, fürchtet jede herrschende Klasse die Gemeinschaft selbst, der sie deshalb die Vertraulichkeit mit einem ihrer wichtigsten Ausdrucks- und Einigungsmittel vorenthält. Sie selbst hat die Musik und immer feiner künstlerischen Wirkung auf die Massen

bedient, wenn es in ihrem Interesse lag; sei es bei der Arbeit, sei es in dem Spiel der Schlachtmusik, wenn die Masse ihre Körper für andere Zwecke preisgegeben hatte, sei es in der Kirche, wenn die Seelen betört werden sollten mit einer Gesinnung, deren Nutzen ebenfalls der Herrschaft der anderen galt ...

Aus dieser entwürdigenden Dienerrolle befreit die Musik nur Klarheit über ihr Wesen und ihre soziale Funktion. Es wird noch viel Zeit verinnen, ehe die Schulen der Republik mit dieser Aufgabe beginnen. Vorläufig gilt ja noch Religionsunterricht als wichtiger und sozial nützlicher. Eben deswegen aber sollte eine proletarische Kulturpolitik sich der Musik bemächtigen und der Verbreitung der Kenntnis ihrer mächtigen Gemeinschaftswerte, die ihre Höchleistungen umschließen. Beethoven ist gewiß auch heute schon dem Proletariat als gewaltiger Mitstreiter zu Wahrheit und Freiheit bekannt, aber doch im wesentlichen — und gerade wir Sozialisten sollten uns da nichts vormachen — rein oratorisch. Das Goethewort wirklich bedeutet, als Mensch wie als Künstler, als künstlerisch Freier wie als Meister der freiesten aller Künste, das klarzumachen, ohne die primitivsten Kennnisse des Technischen und soziologischen Bedenkamen seines Kunstmittels voraussetzen zu dürfen, ist ein hoffnungsloses Beginnen. Es kann vielleicht eine Stunde weihenoll gestalten, aber kein Beispiel umreißen, das nachwirkt und als begriffenes Vorbild wirkt und bildet.

Darauf aber kommt es an: die Waffen des geistigen Arsenals aufzufüllen, das dem Proletariat seinen Daseinskampf nicht nur erleichtern, sondern mit immer neuen Impulsen und Zielen ausstatten soll. Den Willen nach Kulturgenüssen erwecken, formen und verstärken, heißt den Willen nach Befreiung aus der Fesseln des Alltags zur Arbeit im Geiste und zum Vorteil der Gemeinschaft bekräftigen.

Dies ist die Aufgabe jeder proletarischen Kulturpolitik überhaupt. Wird sie gelöst, dann wird auch der Arbeiter in Beethoven nicht nur den berühmten Namen ehren, mit dem sich vielleicht auch die Erinnerung an vereinzelte Stunden höchster Erhebung verbinden, sondern dann wird er verstehen und jubelnd begreifen, weshalb Beethovens Lebenswerk die gewaltigste Bekämpfung menschlichen Strebens und Wollens auf dem Wege der Erhebung der Menschheit selbst ist. Und dann kann auch das Proletariat Beethoven begreifen und feiern als einen Gipfel seines eigenen Strebens nach Freiheit und Menschenwürde.

Dann erst wird dem toten Beethoven in Wahrheit der Platz in der erlauchten Ahnenreihe menschlicher Freiheitskämpfer angewiesen sein, der sich auf dem Bewußtsein der Bedeuten aller Zeiten gebildet ...

Die Gehaltsfürzungen bei der DMG.

Betriebsversammlung

Seit längerer Zeit ist unter den Angestellten der DMG. eine begehrliche Unruhe. Hervorgehoben ist diese Unruhe durch die Maßnahme der Direktion im Juli 1926, die kurzerhand einer Reihe von Angestellten ihr Gehalt bedeutend kürzte und tarifliche Rückgruppierungen vornahm. Die damalige Maßnahme wurde begründet mit dem schlechten Geschäftsgang. Das „freiwillige“ Einverständnis der Angestellten zu den Rückgruppierungen erreichte man dadurch, daß man ein- ja die Angestellten vor die Alternative stellte, entweder die Bedingungen anzunehmen, oder aber sich als ge- kündigt zu betrachten. Inzwischen weist die DMG. eine sehr gute Beschäftigung auf, die nach dem Auftragsbestand auch noch für längere Zeit anhalten wird. Da die feinerzeitige Maßnahme nur vorübergehend sein sollte, hat der Angestelltenrat im Einverständnis mit der gesamten Angestelltenchaft bereits seit längerer Zeit versucht, den ursprünglichen Zustand in der Befolgung der Angestellten wieder herzustellen. Trotz verschiedener mündlicher und schriftlicher Vorstellungen ist die Direktion an den Wünschen der Angestelltenchaft bisher fast lächelnd vorübergegangen. Immer wieder vertröstete man den Angestelltenrat auf einige Wochen später. Die Direktion verfiel sogar auf die Behauptung, daß sie den Tarifvertrag peinlich innehalte. Trotzdem man also eine Reihe von Angestellten zurückgruppiert hat und ihnen das Gehalt wesentlich kürzte und dabei doch die gleiche Tätigkeit und gleiche Arbeitsleistung wie früher fordert, behauptet die Direktion, sich an den Tarifvertrag zu halten.

Der Unwille der Angestelltenchaft über diese eigenartige Einstellung der Direktion kam in der von über 100 Angestellten besuchten Betriebsversammlung deutlich zum Ausdruck. Der Wille der Belegschaft fand in folgender, einstimmig angenommener Entschließung seinen Niederschlag:

„Die am 23. März 1927 tagende Betriebsversammlung der Angestellten der DMG. hat nach Kenntnis des Berichtes des Angestelltenrates über die Frage der Rückgruppierung nach längerer Debatte einstimmig beschlossen:

1. Die damals in ihrem Einkommen zurückgruppierten Angestellten sollen dem Angestelltenrat schriftlich mitteilen, welche Gruppe und welches Gehalt vor der Rückgruppierung bezogen wurde und was sie jetzt beziehen.
2. Der Angestelltenrat wird beauftragt, alsdann sofort mit der Direktion unter Hinzuziehung der Gewerkschaftsvertreter gemäß § 31 des BKG. zu verhandeln und im Anschluß daran in einer Betriebsversammlung sofort Bericht zu erstatten.
3. Die Angestellten der DMG. erwarten, daß die Direktion aus rechtlichen und moralischen Gründen das damals ge- scheidene Unrecht wieder gutmacht.

Die Angestellten erklären einmütig hinter allen Maßnahmen des Angestelltenrates und der Gewerkschaft zu stehen, die eine sofortige Abänderung des jetzigen Zustandes fordern.“

Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter ließen die Angestellten darüber nicht im unklaren, daß es nur dann möglich sei die berechtigten Wünsche durchzusetzen, wenn die Angestelltenchaft einmütig zusammensteht in ihren Gewerkschaften. Aus den Ausführungen der anwesenden Angestellten war ein sehr harter Kompromißwille festzustellen.

Im Schluß der Versammlung teilte Herr vom Hoff vom Zentralverband der Angestellten mit, daß die Gewerkschaften mit Rücksicht auf die am 1. April 1927 eintretende Mieterhöhung eine allgemeine Gehaltserhöhung gefordert hätten und man wegen Verhandlungen bereits an den Arbeitgeberband herangetreten sei.

Filmschauspieler

Amerikanische Groteskschauspieler

Sie sind wieder fröhlich in literarischen Zeitschriften und in Zeitungen, die Wert auf eine gepflegte Geistesbildung legen, Aufsätze und Kritiken über amerikanische Groteskschauspieler, vor allem über Charlie Chaplin, die diesen größten amerikanischen Darsteller geradezu als ein metaphysisches Wunder hin- stellen und durchaus einen tiefen Philosophen aus ihm machen wollen. Aber diese Artikel geben keineswegs den allgemeinen Eindruck wieder, den Chaplin oder Buster Keaton, Harold Lloyd oder Fizz und Foz bei der großen Masse der deutschen Kinobesucher hervorrufen. Man läßt über sie, aber man läßt mehr und herzlicher über die Schaffenskräfte einer Olli Osmalida oder über Lieder's schelmische Augen; man fragt sich bei den Amerikanern: Was soll dieser tolle Unsinn? und denkt stillschweigend: das Ganze ist doch Quatsch. Allerdings mag das Premierenpublikum nicht, solche Gedanken laut werden zu lassen, weil man sich als Benutzer weltlicher Vergnügen nicht der Gefahr aussetzen will, als ungebildet zu gelten. Am nächsten kommt dem deutschen Verständnis noch die Komik Harold Lloyds, weil er von einer durchaus realistischen Handlung ausgeht. Er stellt auch sonst wie ein gut zu registrierender Gebildeter aus, bewegt sich behäbig und liebenswürdig durch hässliche Situationskomik, und die große Hornbrille verleiht ihm dazu einen An- strich solider Geistesfreiheit. Zweit kommt man ein harmloses Filmstück mit den bekannten Liebeserwidlungen zu sehen, bis es dann grundlegend anders wird. Wenn Lloyd plötzlich auf die Idee kommt, an der Fassade eines Walfängers empor- zuklettern, um bei bereits das Kennzeichen, aber man verzeiht ihm diesen Unsinns auf Rechnung der bürgerlichen Toleranz. Die er vorher erwidert hat. Wie soll man sich aber zu Chaplin stellen, dessen Film von Anfang an eine Welt geben, in der die Gesetze des Alltags aufgehoben scheinen? Steht es ein anständiger Mensch an? Wo gibt es solche Schmei? Es ist nicht nötig, in einem Reizroman mit Schlagzeile um sich zu werfen.

Amerika und England sind die eigentlichen Länder grotesken Humors, sowohl in Literatur und Graphik wie in Film und Theater. Es handelt sich hier nicht um eine Loslösung von den Gesetzen der Logik, sondern um Gegenüber ein konsequentes Jenseitiges. Warum soll Harold Lloyd nicht an einem Wol- kenkratzer hochklettern, warum soll Buster Keaton nicht eine Kuh am Rande zu stehen versuchen? Der einmal angelegene Gedanke wird radikal verwirklicht. Stillschweigend ist diese Groteske eine Reaktion auf das kalte, bürgerliche Gesetzmäßige und von der Vernunft diktierte Leben des Amerikaners. Er ist ein Karne- val der Vernunft und hat nichts mit Gemüt zu tun. Gerade das Fehlen des Gemüthlichen hindert aber den Durchschlagsver- mögen, bei diesen Dingen warm zu werden. Er will auch im Scherz seine Welt sehen. Es stellt ihm die jägerscheitende ge- dachtliche Schärfe, dieser Film zu folgen, andererseits aber auch die Freude an witzigen Einfällen, wenn sie aus dem Rah- men des Gewöhnlichen herausfallen. Chaplin ist immer einpor- tant, warum soll man sich diese Mühe machen?

Und doch ist mit diesen Grotesken eine Karriere geschaffen, die das Publikum an sich selbst bringt, reizt und als Regenerators- momentales Tages- oder als Zeitweils intellektuelle Abwech- sel.

Gewerbetammer und Arbeitszeitnotgesetz

Immer langsam voran . . . / Sozialpolitik System Krähwinkel

Die Berufsammern, namentlich die des Handels und des Handwerks, fühlen immer wieder das Bedürfnis, der Welt zu beweisen, daß sie nicht Sachwalter der Interessen eines ganzen Berufsstandes sind, sondern daß es ihre vornehmste Aufgabe ist, ihren Charakter als Vertretung eines meist sehr zü- ckenändigen Unternehmers immer aufs neue zu betonen. Daher die seit Jahren von den Gewerkschaften immer wieder erhobene Forderung der Umgestaltung der Berufsammern zu Einrichtungen, in denen bei gleichberechtigter Mit- arbeit der Arbeitnehmer die Interessen des ganzen Berufs und nicht nur eines Teiles davon gewahrt werden.

Wie berechtigt diese Forderung ist, beweisen auch die Vö- heder Berufsammern, vor allem die Handels- und die Ge- werbetammer, in fast jeder ihrer Kundgebungen. Wir erinnern an die Auslassungen der Handelskammer in ihrem feinerzeit von uns behprochenen letzten Jahresbericht wie an ihre kürzliche Stellungnahme zum Arbeitszeitnotgesetz. Auf denselben Pfaden wandelt unter Vorantritt der Herren Syndizi die Gewerbe- kammer. Ihr hat es der Entwurf eines Arbeitsschutz- ge- setzes angefallen, der die verstreuten Arbeitsschutzbestimmungen in ein Gesetz zusammenfassen und auch die Arbeitszeit regeln soll. Die Gewerbetammer ist der Meinung, es müßten

„ernstliche Bedenken gegen die Bestimmungen des Gesetzent- wurfes geltend gemacht werden. Insbesondere müßte es als für die deutsche Wirtschaft äußerst gefährlich angesehen werden, wenn mit dieser neuen Fassung die Rati- fizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit verbunden werden soll. Würde das Ar- beitszeitgesetz beschloffen werden und Rechtskraft erlangen, so wäre damit den einzelnen Punkten des Washingtoner Abkom- mens Rechnung getragen. Ob nachher das Deutsche Reich das Abkommen noch ratifiziert oder nicht, würde an dieser Tatsache nichts ändern.“

Die Herren „Wirtschaftsführer“ haben in ihren Prophe- zungen in den letzten Jahren über Ausichten und Möglichkeiten derart oft vorbegehauen, daß wir den Glauben an ihre beson- dere Prophetengabe allgemach verloren haben und uns daher gestatten, über die Stellungnahme der Gewerbetammer uns unsere eigenen Gedanken zu machen.

Zum Arbeitszeitnotgesetz läßt sich die Lübecker Ge- werbetammer wie folgt vernehmen:

„Die Stellung der Gewerbetammer . . . wurde veranlaßt durch den bekannten Entwurf eines Arbeitszeitnotgesetzes, der plötzlich ein Teilgebiet des Arbeitsschutzgesetzes nar- weg regeln wollte. Die Gewerbetammer hat diese Absicht abgelehnt und die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß eine solche wichtige Frage nicht überstürzt (!) ge- regelt werden dürfe, sondern daß die Angelegenheit im Rah- men der Vorbereitungen für das Arbeitsschutzgesetz weiter be- handelt werden müsse.“

Nicht Dein Kollege

der sich nicht darum kümmert, ob Euer Betrieb schon eine neue Be- triebserziehung hat, ist schuld daran, daß der Arbeitgeber mit Euch machen kann, was er will;

Du selbst

mußt Dich zur Uebernahme des Betriebsrates amts zur Ver- fügung stellen und dafür sorgen, daß die Wahl richtig einset- zelt und durchgeführt wird. Du

bist verantwortlich

für alle Nachteile, die Dir und Deiner Belegschaft durch das Fehlen der Betriebsvertretung entstehen. Darum fort mit der Gleichgültigkeit! Sorge sofort

für die Wahl der Betriebs- vertretung!

Diese Filme sind vollständig auf Bewegung eingestellt. Man kennt keine toten Stellen, und innerhalb dieses feststehenden Rahmens zeigt jeder der großen Groteskschauspieler sein eigenes Gepräge, seine starke Persönlichkeit. Abgesehen von Harold Lloyd, der sich meistens in vornehmlichen Gegenden gesellschaftlicher Geltung auf- hält, spielen die anderen, vergessene Stiefkinder des Glücks, Genie, die ohne jedes Einkommen jede Gelegenheit ergreifen, um ein paar Cents zu verdienen. Fizz und Foz treten in Cutaway und Zplunder auf und sind schauspielerisch von allem an un- bedeutendsten. Stärker im Mimischen ist Buster Keaton, aber auch er ist im Grunde auf einen einzigen Ausdruck festgelegt, ein unbewegliches Gesicht mit tragenden Augen, die nie etwas sagen können. Ein merkwürdiges Strohhütchen trägt er zu allen An- lägen; es verleiht ihm nicht, auch wenn er als Matrose oder Cowboy auftritt. Dies Hütchen gibt ihm von vornherein ein groteskes Aussehen, das sich bei Chaplin vollends ins Phantasti- sche steigert. Das ist eine Erscheinung, die den Boden der Wirk- lichkeit verlassen hat. Alles ist grotesk an ihr, und doch zeigt sie sich behäbig immer wieder das Bild des Keinen, gedrückten Di- ctators, der ein höheres Köpchen hat als die anderen, die Reichen und Reichum gepachtet haben. Er will kein Philosoph sein — sagt er selber von sich — sondern nur ein exakter Be- obachter des Lebens, der Jäger der Wirklichkeit übersteigert und damit die Lächerlichkeit des Lebenserzählens enthüllt. Das bleibt das Entscheidende an der amerikanischen Groteske: sie ist frei von jeder Sentimentalität; sie zeigt einen souveränen Geist, der leicht und witzig mit den „heiligsten Sätern des Lebens“ spielt.

Felix Scherrei.

Der Heeresfilm

Von Hermann Schöningher

In den Kiefern der „Ufa“ wird seit einiger Zeit im An- trag von Herrn Reichsarchivrat ein Monumentalfilm- wert gelehrt, das den hohen Titel „Der Weltkrieg“ trägt und — dem „Waldgeist“ der Ufa zufolge — ein „vollkommen wahr- heitsgerechtes, historisches Dokument“ darstellt, das „jeder Mensch, jeder Soldat, jeder Mann“ kennen muß. Maggebend für die Gestaltung des Wertes seien die Kriegsgeschichtlichen Forschungen des von einem Dutzend Generalstabler und zwei republikanischen „Kon- sultanten“ beherrschten „Reichsarchivs“ gewesen, dessen „Sachlichkeit und Objektivität unbestritten“ sei. Die Bearbei- tung des Manuskripts habe in den Händen der Reichsarchiv- rats Soldat und Soldatmann gelegen.

Die Ironie ja doch kein Mensch, denn sich der Brechelei der mit Stolzgebern erblickten Ufa, und läßt die Werbetrömer

Das ist das alte Rezept: nur keine Ueberstürzung, es wird sich schon zurechtziehen. Als ob die Arbeitslosigkeit plötzlich über uns hereingebrochen wäre! Lange genug haben die „Wirtschafts- führer“ aller Branchen Zeit gehabt, um der Welt einen Weg aus dem Elend zu suchen. Jetzt sind die Arbeiter des Wartens müde, sie verlangen gesetzgeberische Maßnahmen zum Schutze der Arbeit, und zwar, wie es im Kommissdialekt heißt, „ein bißchen pönglich“. Und das Echo bei den Unternehmern? „Eine solche wichtige Frage darf nicht überstürzt geregelt werden.“

Es sollte der Gewerbetammer doch zu denken geben, daß in der Frage des Arbeitszeitnotgesetzes die Gewerkschaften aller Richtungen einer Meinung sind, die sie vor kurzem u. a. so aus- drückten, daß es

„gehehlichen Zwanges bedarf, um die Durchführung des Achtstundentages zu sichern. Die Verkürzung der derzeitigen Arbeitszeit . . . ist die Vorbedingung für die Durchführung des Arbeitslosenheeres in die Be- triebe.“

Die Spitzenverbände stimmen aber auch darin überein, daß es nicht angeht, sich mit einer späteren Neuregelung der Arbeitszeit durch das endgültige Arbeitsschutzgesetz zufrieden zu geben, zumal mit dessen baldiger Verabschiedung nicht ge- rechnet werden kann. Es bedarf vielmehr sofortiger ge- setzlicher Maßnahmen, um der gegenwärtigen Not zu steuern. Aus diesem Grunde fordern die Spitzenorganisationen die sofortige Abänderung der geltenden Arbeitszeitbestimmungen im Wege eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages.“

Diese Forderung erheben neben dem ADGB, der Deutsche Gewerkschaftsbund, in Lübeck vertreten durch Herrn Schölffer, und der Gewerkschaftsring, dessen Lübecker Leiter Herr Lewe ist, beides ehrenwerte Mitglieder des der Gewerbetammer nahestehenden Hanseatischen Volksbundes. Und auch die christlich-nationalen Arbeitnehmer, die in diesen Tagen in Lübeck versammelt waren, verlangen

„eine Regelung der Arbeitszeit, die im Einklang steht mit den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen und mit den Folgen der Rationalisierung. Daneben ist die baldige Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes anzustreben. Ferner erwartet die Tagung eine schleunige und be- friedigende Regelung der Arbeitslosenversicherung. Zur Be- lebung des inneren Marktes ist die Hebung der Kaufkraft durch Erhöhung des Realeinkommens aller Arbeitnehmerhö- ten notwendig.“

Angesichts dieser einmütigen Forderung dürfen wir wohl er- warten, daß die Ewig-Gestrigen in den Berufsammern mit ihren Unterzügen und ihren Warnungen vor der Ueberstürzung bald aus ihrem Schlafe erwachen.

lustig weiter draußlos. Nun ist aber Herr Major Solda als Verfasser einiger Blutgerichts Stahlfilmchen, in denen er den Landsknecht der Vergangenheit und der Zukunft in allen Tonarten preißt und sich zu dem Büchlein „Der Weltkrieg“ bekennet und Herr Major Volkmann als Verfasser der anti- sozialistischen Schmähchrift „Der Marxismus und das deutsche Herz im Weltkrieg“ sowie als Kronzeuge des Dolchstoßprofessors einlirt. In den beiden Filmen „Der Weltkrieg“ und „Der Weltkrieg“ zeigt er sich als sehr wohl vorstellbar, was für ein Fabrikant von „Heeresfilm“ dieses Kollegium auf den Filmmarkt wirft: Eine fünfzigverlogene Weltkriegs-Reminiszenz mit etwas Schönen- graben, Kaiserparade, Kling-Klang-Gloria und der üblichen Kriegserzählung. Der „Dritte Teil“ aber zeigt die Tage des Waffenstillstandes und der Revolution. — Wie das Herr Volkmann unter Herrn von Reubells Protektorat inkarniert, darüber kann doch wohl kein Zweifel sein!

Bekannt aber tun wir den Film! Denn bei der allge- meinen Pleite der Ufa stellt dieser „Heeresfilm“ wohl ja eine Art moralische Abfälligkeit der Ufa an die Bürgerblockregierung auf das Konto der so heiß ersehnten „Reichsarchivrat“ dar!

Nun ist der „Krieg“ ja zweifellos allmählich ein dankbares Filmobjekt geworden, nachdem sich das erste Grausen vor der Wirklichkeit des großen Stahlbades behoben hat. Man verbeißt den Krieg wieder frisch und munter überall, in Neubabelsberg, St. Cloud und Hohnhoben — — — Aber wie!

„Ich hatt' einen Kameraden“ oder „In der Hei- mat da gibt's ein Wiedersehen“ ist der Typ der deut- schen Weltkriegs-Filmmentalität: Ein Sturmangriff, ver- mischt mit etwas Fredericus Rex und Radetzkiarmee — Ein Saumwetter an Verladebahnhof, daß man innerlich und äußerlich nur so kriecht — — — Fünf Minuten darauf aber ein „Männer- quartier“, daß das Herz laßt: Eine „Mie“, die armütig um ihre Köpfe und Gabeln und um ihre Kommode kämpft, eine niedliche französische „Männerbraut“, die heute spröde tut und morgen in den Armen des hiesigen Reinhold Schünzel liegt. Ein Husarenreid: Der feindliche General wird aus seiner Bettstatt oder aus seinem Auto wie ein alter Puffstuhltrottel hervorgeholt und durch die Fronten hindurch dem biederen Herrn Hauptmann im Kompagnieunterstand zum Frühstück serviert. Alles geht gut aus! Ein paar schwimmende Uttrappen fallen wie Kartoffelstücke beim Sturmangriff auf den Boden hin. Kein Mensch kümmert sich weiter darum. Am Schluß: Tableau: Das Eiserne Kreuz! Und zwei neugebadene Chequere sinken sich in die Arme, als rührendes Andenken an die „Eiserne Zeit“!

In Hollywood? Mein Gott, auch hier hat man sich vom Kriegssittlich noch nicht ganz frei gemacht: „Hotel Stadt Lemberg“ sagt ja wohl die Ströme dieser tollen Zeit wie mit Abgüß ins Gehirn; am Schluß des Patrouillenritts durch die Abgründe des Krieges aber steht auch hier die Kriegsbrau, das Eiserne Kreuz, der Selbstaplan und die Generalität. „Mein Gott, wenn's immer so gut ausging!“ flucht hinter mir einer zum Schluß, der den Schwindel kennt.

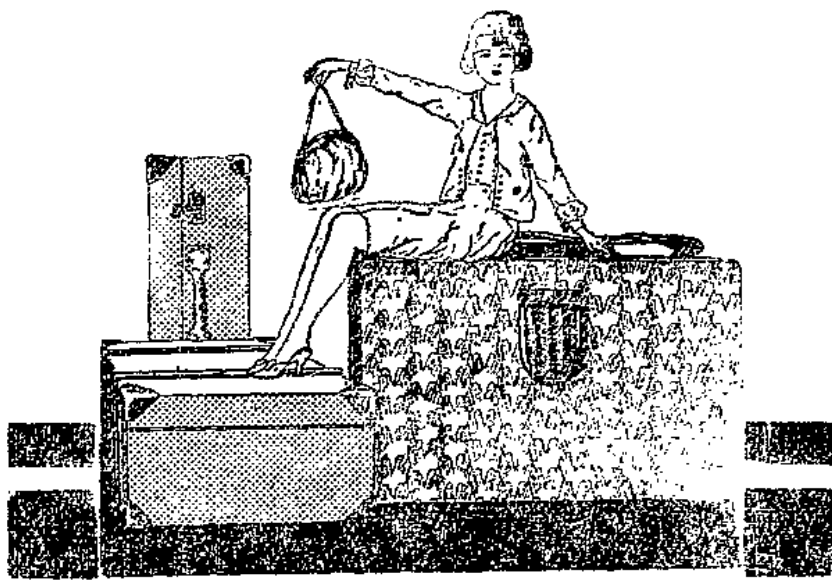
Im Ausland aber müht man sich wenigstens, den ac- küntesten Krieg mal von der anderen Seite zu zeigen! In Prag filmt man eben den „braven Soldat Schweif“, den armen zum Militärdienst geproßter Teufel, der dem Herrn Stabsarzt und dem Herrn Hauptmann tagaus, tagein durch seine wackel- gepielte Fröhlichkeit ein Schnippschen schlingt, und in „den Staaten“ hat man „Kiff und Kaff im Weltkrieg“ gedreht, ein geradezu herrliches Dokument von der „Internationalität“ des Soldatenrisikofalls im großen Krieg.

Kiff und Kaff sind keine biederen Nuscheloten im Reinhold- Schünzel-Stil, kein: Mischung von Kameradschaft mit dem Zille-Milch, sondern wahre Teufel, zwei Brüder Schweif, die dem Krieg und dem Kommiß, zu dem sie wider ihren Willen ge- preßt worden sind, eins auszuweichen, wo's nur irgend geht. Sie taufen sich den Orden im Leben, anstatt ihre Deforierung durch den Herrn Hauptmann abzuwarten, sie wirrnen zur Patrouille nur vor, wenn man ihnen in den Hintern tritt, sie lauchen über den ganzen Dreck des Krieges, so grauig, wie es nur der alte Soldat sich erlauben darf.

Der Film zeigt augenblicklich mit einem Bombenerfolg, wie etwa Charlie Chaplins „The Kid“ um die ganze Welt. Und wir sollen uns von zwei „Reichsarchivratmajoren“ über den Welt- krieg filmisch belehren lassen.

Die schönsten Geschenke

zur Konfirmation sind Lederwaren



Reichhaltigste Auswahl in Besuchs- und Beuteltaschen, Stadtkoffern, Brief- taschen, Zigaretten-Etuis, Manikures, Schreibmappen, sowie reizenden kleinen Geschenkartikeln finden Sie zu **billigsten Preisen** im

Lederwarennhaus F. Fränkel

Breite Straße 35 — Holstenstraße 4

Beachten Sie meine Schaufenster

BEN HUR

Nur noch einige Tage

Heute bereits 33. und 34. Aufführung

Anfang 4 1/2 u. 8 1/4 Uhr

SCHAUBURG

4102

Kein Laden Sie sind noch nicht mein Kunde?

Machen Sie einen Versuch und Sie werden mit zu meinen Kunden zählen

Fahrräder Verkauf ab Lager mit Freilauf
von 70.— 80.— 90.— 110.— 115.— 125.— Mk.
Teilzahlung gestattet

Auf Wunsch liefere ich Räder von RM. 55.— ohne Freilauf
Mantel 2.80 an Ketten Stiel 2.25 Schläuche 1.40 an

Reparaturen
billigste Berechnung
Emaillieren Vernickelung
Sämtliche Ersatzteile auf Lager

Arnold Holst
Fahrräder- u. Nähmaschinen-Handlung
Reparaturwerkstatt (4087)
Dornestraße 30a

Der Hut - Die Mütze

für den Herrn
für den Konfirmanden
in bester Qualität
und sehr preiswert (4094)

J. L. Würzburg
Königstr. 91 Wahnstr. 22a

Das neue Werk von FRITZ VON UNRUH

BONAPARTE

EIN SCHAUSPIEL
gelangt in diesem Jahr an 38 Bühnen in Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz zur Aufführung

BROSCHIERT M. 3.80 / GANZLEINEN M. 4.20
Dieses Schauspiel ist zweifelsohne das wirksamste, theatertätigste des Dichters.
8 Uhr Abendblatt, Berlin
Einige Szenen... wohl dramatisch Stärkstes, was Unruh je an Wurf gelang.
Hamburger Fremdenblatt

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen:
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Union-Lichtspiele

Lübecks Schmuckkästchen Engelsgrube 66

Erstaufführung für ganz Deutschland!

Das große Sittenbild von 1927 — Ein Bild unserer Zeit
Ein furchtbares Bild — Aber ein echtes Bild

Die Familie ohne Moral

nach der berühmten vielfach verbotenen Sittenkomödie „Ledige Leut“
Ehre, Sitte, Treue werden zu leeren Schlagworten! Junge Mädchen, die Mütter der kommenden Generation (!) werfen sich irgend einem in die Arme. — ausleben — auskosten! — Genießen bis aufs Letzte — freie Liebe!

Ferner:

Der siebente Junge

Das schönste Lustspiel der Saison. — Sie lachen Tränen (4056)

Täglich um 5 u. 8 Uhr zwei gleichwertige Vorstellungen. Einheitspreis 50 u. 80 Pfg.

LUISENLUST
Am Sonnabend, dem 26. März
Großes Stiftungsfest
vom „Sparklub Burgtor“
Anfang 8 Uhr
Niedrig gesetzte Eintrittspreise (4054)

A. T. V. Moising
Fußball-Abteilung
Großer Ball
am Sonnabend, dem 26. März im Kaffeehaus
Anfang 8 Uhr
Es ladet freundlichst ein
Der Festauschuß (4059)

Stadthallen - Lichtspiele

Mühlenbrücke 13 Heute u. folgende Tage fernsprech. 22 222

Der Welt gewaltigster Film

Unsere Emden

(Helden der Weltgeschichte)

6 grandiose Akte

unter Mitwirkung bekannter Emdenoffiziere und -Mannschaften in ihren historischen Rollen:

1. Offizier der „Emden“: Kapitänleutnant a. D. **Heimuth v. Mücke.**
Der berühmte Kapereffizier der „Emden“ Kapitänleutnant a. D. **Lauterbach.**
Korvettenkapitän R. **Witthoest.** Oberleutnant a. D. **Dietrich Benzler.** Obermaschinistenmaat **Erfurth.** Obermatrose **K. Werner.** Obermatrose **Bednars.**

Frei von jeder Tendenz Das gewaltige Werk wurde mit der ausdrücklichen Unterstützung des Reichsmarineamtes und Reichsmarine-Archives hergestellt. Frei von jeder Tendenz.

Dazu der 2. Schlager:

Fräulein Mama 6 reizende Akte mit der fabelhaften deutschen Besetzung:
Grete Reinwald, Ellen Heel, Margarete Kupfer

Deulig-Woche | „Was viele nicht wissen“ Kulturfilm

Trotz der enormen Unkosten keine erhöhten Preise!

Zur geistl. Beachtung! Jeden Sonntag 3 Vorstellungen, 2 Uhr (bis 8.30 Uhr) Einheitspreis 1.— RM außer Balkon u. Logen) 5 u. 8 Uhr. Kasseneröffnung Sonntags 1.30 Uhr. 4075
Das große Orchester unter der Leitung des Kapellmeisters **Franz Gödel** spielt in voller Stärke

Beginn d. Vorstellungen alltags 5 und 8 Uhr

Kücknitz

W. Dieckelmanns Gasthof

Sonntag, den 27. März 1927

Gr. Tanzkränzchen

Die beliebte Hauskapelle / Stimmung / Humor

Sonntag: Adlershorst
Morgen Sonnabend

GROSSER BALL

des Sandania-Klubs „Harmonie“
Stimmung! (4067) Humor!
Es ladet freundlichst ein Der Festauschuß

Zentral-Hallen Hier wackelt die Wand!
Morgen Sonnabend
Großes Frühlingfest

vom Piepel am Bord (4111)

Festlich dekor. in einen Wald verwandelte Saal
Erstklassige verstärkte Jazz-Kapelle (Saxophon)
Eintritt frei! Eintritt frei!



Friedrich-Franz-Halle

Jeden Sonnabend und Sonntag:

TANZ

Eintritt u. Tanz frei.

Stadttheater Lübeck

Freitag, 8 Uhr:
Der Schmutz der Madonna (Neu einstudiert)
(Ende 11 Uhr)

Freitag, 8 Uhr:
Kammerspiele
Das Grabmal des unbekanntem Soldaten.

Sonnabend 8 Uhr:
Was ihr wollt mit

Sonntag, 2.30-Uhr:
Der Schmutz der Madonna 11. Vorst. im Fremdenabonn.

Sonntag, 8 Uhr:
Wiener Blut (nicht in der Johannismacht)
Montag: Geschlossen weg. Generalprobe zu Fidelio

Montag 8 Uhr:
Kammerspiele
9. Abonnements-Vorst. Gläubiger u. Kammerjäger

Margaretenburg

Am Sonnabend und Sonntag (4101)

Groß. Tanzkränzchen

Jazzbandkapelle
Tanz und Eintritt frei!

Wir empfehlen:

Populäre Naturwissenschaft

- Dr. O. Hauser: Dort, wo der Menschheit Wiege stand RM. 1.50
- C. Arriens: Mosaik des Völkerlebens RM. 2.—
- D. O. Hauser: Der Mensch vor 10000 Jahren RM. 3.50
- Dr. O. Hauser: Urgeschichte RM. 5.—
- Dr. O. Hauser: Im Paradies der Urmenschen RM. 4.50
- Georg E. Graf: Entwicklungsgeschichte der Erde RM. 1.50
- Georg E. Graf: Die Geschichte von den Eisriesen RM. 1.80

Buchhandlung Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Stadtmemorial! Gärten Linienarbeiten Eintritt frei!

Achtung!

Nur frische Margarine ersetzt gute Butter!

AXA
UP EWIG UNGEDIEBEN

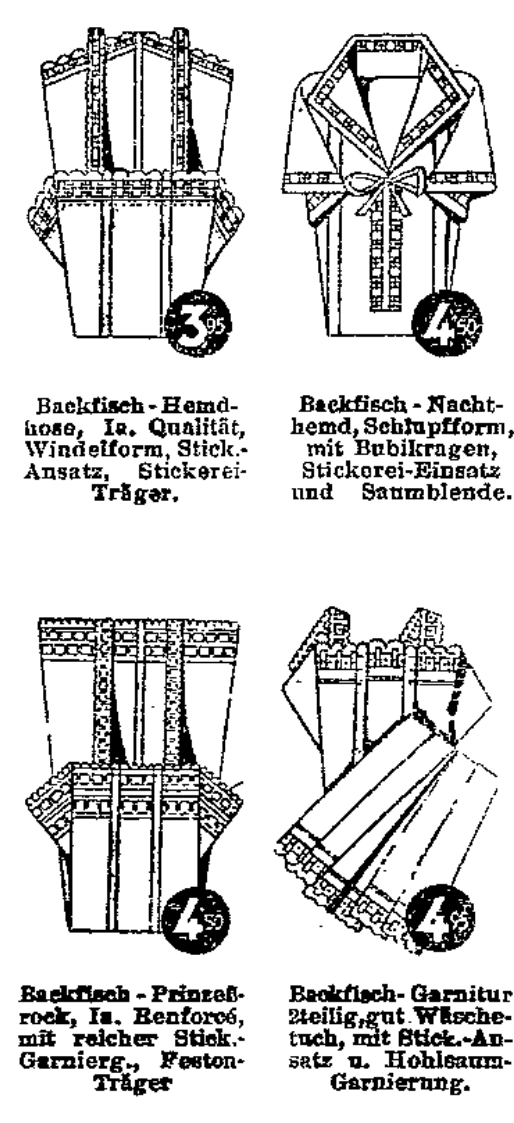
die echte holsteinische Pflanzenbutter MARGARINE

ist immer frisch!

Das Pfund nur 85 Pfennig

Zu haben in allen besseren Lebensmittelgeschäften

Preiswerte Konfirmations-Geschenke



- Taghemden Trägerform, mit Klöppeleinsatz und Spitze 1 35
- Taghemden pa. Wäschetuch, ringsum m. Stick-Ans., Fest-Träg. 1 75
- Taghemden Ia. H'tuch, drei Seiten Stickerel, Achsel z. Knöpf. 2 25
- Beinkleider geschl., Wäschetuch mit Stickerel-Volant 2 25
- Beinkleider geschl., Ia. Qual., m. Sticker.-Einsatz u. Sticker.-Volant 2 95
- Nachthemden Schlupfform, gut. H'tuch, m. Stick.-Eins. u. Klöppelisp. 3 50
- Nachthemden Schlupfform, Ia. Qual., mit Val.-Einsatz u. Spitze 3 95
- Nachthemden mit br. Stickerel-Ansatz, Bubiform 4 25
- Hemdhosens Windelform, oben u. unten Stick-Ans., Stick-Träger 2 25
- Hemdhosens Windelf., Wäschetuch, mit breiter Val.-Spitze 3 75
- Prinzebrücke mit Klöppel-Einsatz und Spitze, Trägerform 2 75
- Prinzebrücke gut. H'tuch, oben u. unten Stick-Ansatz, brt. Achsel 3 50
- Prinzebrücke Ia. Qual., Stick-Eins., Klöpp.-Spitze, Klöpp.-Träger 4 50
- Jumpertailen ringsum mit Stickerel-Ansatz 95 9
- Jumpertailen Wäsche-Batist, m. Stickerel-Einsatz u. Val.-Garnierg. 1 25

KARSTADT

Herrn-Silbhüte
Konfirmanden-Hüte
blaue Mützen, Sport-Mützen
für Herren und Knaben

Schülermützen für alle Schulen
in bester Qualität und allgergrößer
Auswahl zu billigen Preisen

Eduard Hirsekorn
Sandstraße 20 (4082)

Billige Herren-Konfektion

Herrn-Anzüge	29.50	39.—	48.—	69.—
Manchester-Anzüge	36.—	42.—		
Manchester-Joppen	17.80	19.50	23.75	
Knaben-Anzüge	5.90	8.90	15.—	
Lodenjoppen v. J.	7.95	9.95	11.80	
Waidjoppen	4.40	5.75	6.95	
Waidhosen	3.90	5.80	9.90	
Pilot-Hosen	4.50	5.40	6.95	
Manchester-Hosen	7.95	9.80	12.50	
Breeches-Hosen	8.80	12.80	18.75	
Gebr. Rammg.-Hosen	4.95	6.90	12.50	
Windjoden	8.80	11.80	16.80	

Konfirmanden-Anzüge
19.50 26.50 29.50 34.50

Beachten Sie die billigen Preise in unseren 3 Schaufenstern

Billige Konferven

2-2-D. Gemüse-Erb.	58 1/2
Junge Erbsen	68 1/2
Erbsen, mittelf.	88 1/2
Karott., gelbn.	39 1/2
Leipz. Allerlei	80 1/2
Große Bohnen	80 1/2
Brechbohnen	58 1/2
Schnittbohnen	58 1/2
Küfflerlinge	100 1/2
Spinat	50 1/2
Grünkohl	50 1/2
Kartoffel	45 1/2
Weißkohl	42 1/2
Apfelmus	70 1/2
Pflaumen	75 1/2

Der Ebert-Roman
von Emil Felden

Eines Menschen Weg
Preis 5.— Reichsmark

Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Patent-Matratzen
Königliche-Matratzen
werden in jed. Größe zu den billigsten Preisen angefertigt

Gebirder Heini
Welt. Spez.-Gesch.
Untertrave 111/112
b. d. Holstenstr.

Unsere Butterpreise

Allerleins-Molkerei-Butter	1.00
Ausland-Molkerei-Tafel-Butter	2.00

Unsere hervorragenden **Margarine-Spezialmarken**

Die Qualität macht's ges. gesch.	1.20
Allerf. Tafel-Butter-Ersatz	1.10
Feinkost Edel	1.00
Valvera	0.90
Flammanta Eigelb	0.85
Frischmilch	0.80
Unsere Überzeugung 1/2 Pak.	0.80
Landbutter-Ersatz	0.70
Feine Tafel	0.70
Prima Pflanzen	0.65

Butter Hammonia
Größt. Butter-Spezialgeschäft Norddeutsch.
Verkaufsstelle: Lübeck, Bäckerstr. 73

Ehlers & Reetwisch
Holstenstraße 1 St. Petri 2 u. 4

Getr. Früchte

Pflaumen	30 1/2
dgl. entfeinte	60 1/2
Feigen	38 1/2
Kirschen	48 1/2
Kaliforn. Birnen	70 1/2
Pflaumen	95 1/2
Birnen	120 1/2
Apfelsinen	120 1/2
Weißer Ringapfel	75 1/2

Friedrich Trosiener
Küchenstr. 87 Tel. 23815

Zitel-Fette
eigener Gebrauch
kann hochgehend

J.L. Würzburg
Bäckerstraße 22a

Neue Möbel
auf 12 Monate
Kredit
Südw. Möbel-Lager
Breite Str. 21 Hinterhaus (4093)

Preiswerte Lebensmittel

Ia frische Holsteiner Eier
per Stück 9 Pfg.

Anchovis
bestes Fabrikat, per Pfd. 45 Pfg.

Konsumverein
für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.

Drucksachen
werden angefertigt bei
H. Meyer & Co., Johannisstr. 46

Junker & Ruh Gaskocher
die führende Marke

Heinr. Pagels
Lübeck
Das Haus für Gas, Wasser, Licht

Ausschneiden!

Aufbewahren!

Der Entwurf des Agrarprogramms

Im Mittelpunkt des bevorstehenden Parteitagess in Kiel wird bekanntlich die Beratung der Agrarfrage stehen. Wir veröffentlichen heute den Wortlaut des Programms, das die vom Parteivorstand einberufene Agrarcommission fertig gestellt hat. Eine ausführliche Besprechung des Entwurfes wird in den nächsten Tagen folgen. D. R.

Gemäß den Beschlüssen des Berliner und Heidelberger Parteitagess hat der Parteivorstand eine Agrarcommission einberufen, die den Entwurf zu einem Agrarprogramm auszuarbeiten sollte. Die Commission bestand aus den Genossen: Otto Braun, Dr. Baade, Dr. David, Everling-Hamburg, Gentner-Wegnik, Dr. Hagemann-Desna-brück, Dr. Hilferding, Krüger-Lüneburg, Dr. Lipschitz-Hannover, Peters-Hochdamm, Silber Schmidt, Georg Schmidt, Wittich-Frankfurt a. M. Genossin Dr. Helene Simon, die ebenfalls in die Commission berufen war, war verhindert, das Mandat auszuüben.

Zum Vorsitzenden der Agrarcommission wurde Genosse Dr. Hilferding, zum stellvertretenden Vorsitzenden Genosse Krüger, zum Schriftführer Genosse Dr. Baade ernannt.

Beim Zusammentritt der Commission wurde von den Genossen Hilferding, Krüger und Baade ein Vorentwurf vorgelegt, der als Grundlage der Verhandlungen diente. Nach eingehenden Beratungen hat die Agrarcommission den Entwurf des Agrarprogramms in der Form verabschiedet, in der er hiermit der Öffentlichkeit unterbreitet wird.

Die Steigerung des Ertrages der Volkswirtschaft durch stets gesteigerte Anwendung von Wissenschaft und Technik ist das gemeinsame Interesse des arbeitenden Volkes in Stadt und Land. In der Industrie hat der Kapitalismus durch die Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses im Großbetrieb und die Ausgestaltung räumlicher Betriebsformen ein ständiges und rasches Wachstum der Produktionskräfte bewirkt. Auch in der Landwirtschaft hat der Kapitalismus die ländlichen Verhältnisse von Grund aus revolutioniert. Er hat die Bindungen und Fesseln des Feudalismus größtenteils beseitigt. Er hat den alten Zusammenhang zwischen gewerblicher und landwirtschaftlicher Arbeit zerrissen und die ländlichen Betriebe in den Marktzusammenhang verflochten. Durch die Erschließung des Bodenschreits in den entferntesten überseeischen Gebieten und durch die Entwicklung wachsender Märkte für die Produktion der intensiven Landwirtschaft in den europäischen Industriestaaten hat die landwirtschaftliche Veredelungsproduktion eine wachsende Bedeutung gewonnen. Das Handels- und Bankcapital haben einen großen Teil des landwirtschaftlichen Ertrages an sich gerissen. Technik und Wissenschaft haben Jahrhunderte alte Betriebsweisen der Landwirtschaft umgewandelt.

Aber der Kapitalismus läßt anders wie in der Industrie die Eigentumsverhältnisse und Unternehmungsgrößen in der Landwirtschaft bestehen. Die natürliche Begrenzung des fruchtbaren Bodens und die Unmöglichkeit, die landwirtschaftliche Erzeugung auf gegebener Fläche unbegrenzt zu steigern, erklärt es, daß in der Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie auch räumlich getrennte Betriebe neben vorgeschrittenen erhalten bleiben können. In viel geringerem Maße als in den industriellen Betrieben erzwingen die kapitalistischen Marktgesetze den technischen und organisatorischen Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion. So muß an Stelle der Marktregelung die bewußte Einwirkung der Gesellschaft und ihrer Organe auf die Steigerung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion treten.

I. Bodenreform

Die Gewalt des Eroberers und die politische Macht der Herrnkasse haben die Grundeigentumsverhältnisse gestaltet. Namentlich im Osten und Norden Deutschlands haben die Grundherren unter Führung ihrer Herrscherhäuser sich durch Raub am Bauernland für die Aufhebung der Hörigkeit schuldig gehalten. Während in den Gegenden überwiegend bäuerlichen Besitzes die bäuerlichen Produzenten an Bodenmangel leiden und Parzellenbetriebe nicht bis zur Größe einer ausreichenden Nahrungserzeugung ausgebaut werden können, läßt der Latifundien- und Großgrundbesitz andere Teile Deutschlands entvölkert. Sein Monopol speert den ländlichen Produzenten, den Bauernhöfen und Landarbeitern den freien Zutritt zum Grund und Boden.

Aus Gründen der Produktions- wie der Bevölkerungspolitik fordert deshalb die Sozialdemokratie eine grundlegende Veränderung der Grundeigentumsverhältnisse, eine planmäßige Bodenreform. Diese muß die heute bestehende Abhängigkeitsverhältnisse von Grund auf beseitigen, die sich auf dem Lande durch die jahrhundertlang andauernde Unterwerfung der Landbevölkerung unter das Joch des Großgrundbesitzes entwickelt haben. Wir fordern daher die Beseitigung des auf Raub und Rechtsbruch zurückgehenden Herrneigentums, das weite und fruchtbare Streden des deutschen Bodens mit Beschlag belegt hat. Wir verlangen eine Boden- und Wirtschaftsreform, die die schädlichen Wirkungen dieses privaten Bodenmonopols beseitigt, und die auch den kleinen und mittelbäuerlichen Betrieben genügende Lebensbedingungen sichert.

1. Zu diesem Zweck verlangen wir nicht nur die formelle, sondern auch die tatsächliche Beseitigung der Zersplitterung und zersplitterter Landansammlungen in der Hand einzelner Familien. Wir fordern weiter, daß die landwirtschaftlichen Großbesitzungen, welche eine nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessende optimale, d. h. die volkswirtschaftlich angemessene Betriebsgröße überschreiten — für den deutschen Osten etwa 750 Hektar —, den überfließenden Teil an das Reich gegen eine Entschädigung abzutreten haben, welche nach dem Steuerwert der Grundstücke zu berechnen ist.

2. Waldbestände über 100 Hektar sind nach denselben Grund-sätzen an das Reich abzutreten, das über ihre Bewirtschaftung endgültig entscheidet.

3. Bei der Verwertung der dem Reich nach Nr. 1 zufallenden Landereien sind in erster Linie die Bedürfnisse der Siedlung in ihren verschiedenen Formen zu berücksichtigen: Landwirtschaftliche Siedlung, Anlieger-Siedlung, Gartensiedlung, Heimstätten- und

Pachtland für landwirtschaftliche Arbeiter und landlose Gemeindeglieder. Die bisherigen bäuerlichen Wirtschaften sind in ihrem Bestande zu schützen.

4. Auch außerhalb der Enteignung des Großgrundbesitzes ist die Siedlung in allen diesen Formen unter Schaffung lebensfähiger Betriebsgrößen überall mit Nachdruck zu fördern, wo die Voraussetzungen für eine Steigerung der Produktivität gegeben sind.

Die Siedlung ist besonders in den Gebieten des überwiegenden Großgrundbesitzes durchzuführen.

5. Bei der Verwertung des reichseigenen Bodens (Nr. 3) und bei der sonstigen Siedlung (Nr. 4) sind nach Möglichkeit die Rechtsformen der Erbpacht, des Erbbaurechtes, des Rentengutes und der Reichshofstätten anzuwenden, um der Gesamtheit die Grundrente zu sichern.

6. An Stelle der bestehenden vorläufigen Pachtvertragsbestimmungen ist ein endgültiges Pachtgesetz als Bestandteil des bürgerlichen Rechts zu schaffen, das die Interessen der kleinen und mittleren Pächter gegenüber den privaten Grundherren nachhaltig sichert.

Das neue Pachtgesetz muß bestimmen:

a) daß Pachtverträge über landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzte Grundstücke für einen Zeitraum abgeschlossen werden müssen, der dem Pächter eine wirtschaftliche Betriebsführung ermöglicht.

b) daß bei Beendigung des Pachtverhältnisses dem weitgehend Pächter für diejenigen Aufwendungen, die den Wert des Pachtobjektes dauernd erhöhen, eine angemessene Entschädigung für seine Aufwendungen gewährt werden muß.

c) daß die Pacht nicht höher sein darf, als einer angemessenen Verzinsung des Steuerwertes der verpachteten Grundstücke entspricht.

d) daß bäuerlichen Pächtern, insbesondere den Generationspächtern, die ohne ihr Pachtland ihren Betrieb nicht aufrecht erhalten können, und die es ordnungsgemäß bewirtschaften, sichere Gewähr gegen Enteignung des Landes gegeben wird.

7. Zur Versorgung der städtischen und ländlichen Bevölkerung mit Gartenland ist ein Kleingartengesetz für das ganze Reich zu erlassen.

8. Das Grundeigentum der Gemeinden muß planmäßig vermehrt werden, damit sie stets Baupläne und Pachtland abgeben können. Zu diesem Zweck ist den Gemeinden ein gesetzliches Vorkaufsrecht beim Verkauf von unbebauten Grundstücken unter Schonung des Klein- und mittelbäuerlichen Besitzes einzuräumen.

9. Bestehen, die sich hartnäckig weigern, ihren Boden richtig zu bestellen, kulturfähige Deuländeren zu kultivieren oder forstfähige Deuländeren aufzuforsten, soll die Bewirtschaftung des Betriebes zeitweise oder dauernd entzogen werden. Auch ist in solchen Fällen die Enteignung auf Grundlage des Steuerwertes ohne Rücksicht auf die Betriebsgröße zulässig.

II. Die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung

Bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung vereinigen sich die Lebensinteressen der städtischen Massen mit denen der schaffenden Landbevölkerung.

Es ist für die soziale Lage der Industriearbeiterschaft von entscheidender Bedeutung, daß die unausgeschöpften Möglichkeiten einer Steigerung und gleichzeitigen Rationalisierung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion für die Massen-ernährung erschlossen werden.

Gleichzeitig ist die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die Ausbarmachung des technischen Fortschrittes, auch das wirksamste Mittel, um die Lage der arbeitenden Landbevölkerung, der Landarbeiter, der kleinen Pächter und der selbstständigen Bauern zu heben. Die ungeheuren Fortschritte, die die moderne Wissenschaft auf dem Gebiete der Landwirtschaft gemacht hat, vor allem die rationelle Verwendung von Kunstdünger und Kraftfuttermitteln, der Gebrauch von hochwertigem Saatgut und die Haltung leistungsfähiger Tierarten, die Anwendung arbeitssparender und produktionssteigernder Maschinen, sind noch lange nicht zur allgemeinen Einführung gelangt. Namentlich fehlt noch Millionen kleiner Landwirte die Möglichkeit, sich die dafür nötige fachwissenschaftliche Bildung und praktische Anleitung zu erwerben. Zugleich ist den kleinen Betrieben der Uebergang zu Kulturen hoher und höchster Intensität zu erleichtern.

Die soziale Lage der kleinen und mittleren Bauern, die in vielen Teilen Deutschlands eine sehr gedrückte ist und keineswegs ihrer unermüdlichen Arbeit entspricht, kann nicht durch das Emportreiben der Lebensmittel auf Kosten der Konsumenten, sondern nur durch Steigerung der Produktion im gemeinsamen Interesse von Konsumenten und Produzenten gebessert werden. Deshalb fordern wir:

a) Umfassende Ausgestaltung aller Einrichtungen, die der Ausbildung des ländlichen Nachwuchses dienen und zwar unter maßgebender Leitung durch den Staat.

1. Ausbau des ländlichen Volksschulwesens.

2. Obligatorischen Fortbildungsschulunterricht für Knaben und Mädchen auch auf dem Lande vom 14. bis zum 18. Lebensjahr. Der Lehrplan der Fortbildungsschule hat vor allen Dingen die Bürgerkunde und die naturwissenschaftliche und technische Grundlage der landwirtschaftlichen Erzeugung zu umfassen. Die Schüler haben Anrecht auf freie Lehrmittel. Besondere Sorgfalt ist auch der weiblichen hauswirtschaftlichen Fortbildung und Ausbildung in der Gesundheitslehre und Säuglingspflege zuzuwenden.

3. Verwirklichung der heutigen Anforderungen für das niedere landwirtschaftliche Schulwesen. Ausstattung eines jeden Landkreises mit mindestens einer, in größeren Kreisen mit mehreren Landwirtschaftsschulen (landwirtschaftlichen Winter-schulen) für die bäuerliche Bevölkerung. Beilegung aller wirtschaftlichen Hindernisse, durch die die Kinder von Kleinbauern und Landarbeitern heute vom Besuch der Landwirtschaftsschulen ausgeschlossen sind. Gewährung von Stipendien aus öffentlichen Mitteln.

4. Förderung der Volkshochschulen und aller sonstigen Bildungsgelegenheiten auch auf dem Lande.

b) Schaffung einer enghemigen Organisation zur Betriebsberatung im engsten Anschluß an das Schulwesen zur Ausbreitung der modernen Technik unter den ausübenden Landwirten aller Betriebsgrößenklassen.

1. Heranbildung einer ausreichenden Zahl geeigneter Personalitäten für die Aufgaben des landwirtschaftlichen Beratungswesens. Dabei sind die aufstrebenden Elemente unter dem Nachwuchs der bäuerlichen Bevölkerung in erster Linie zu berücksichtigen, und ist insbesondere den bescheidenen Schülern der niederen landwirtschaftlichen Schulen der Uebergang in diesen Berufsweg zu erleichtern.

2. Ausbau des landwirtschaftlichen Versuchswesens, besonders in der Form von Beipielwirtschaften und Versuchsfeldern. Es ist dahin zu streben, daß in jedem Dorfe aus den Mitteln des landwirtschaftlichen Aufklärungsdienstes ein Versuchsfeld unterhalten wird, das vor allem zu Demonstrationsversuchen zu dienen hat.

3. Förderung aller Selbsthilfeaktionen der bäuerlichen Bevölkerung, die eine Ausbreitung rationeller Technik und Betriebsführung zum Ziele haben, insbesondere Förderung des bäuerlichen Versuchswesens.

4. Förderung des auf Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung beruhenden landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, besonders der Viehzucht- und Molkereigenossenschaften, Maschinengenossenschaften, Saatbauvereine, Milchkontrollvereine und ähnlicher Einrichtungen.

c) Bereitstellung von Staatsmitteln für diejenigen Maßnahmen, die die Leistungsfähigkeit der einzelnen Landwirte und der Genossenschaften übersteigen, insbesondere Ausbau des Wege-, Straßen- und Eisenbahnnetzes, Anpassung der Frachttarife an die Bedürfnisse der landwirtschaftlichen Produktion, Einheitlicher Ausbau und Elektrizitätsversorgung, Schaffung einer ausreichenden Wasserversorgung in wasserarmen Gebieten, Umfassende Vorkehrungen gegen Hochwasserschäden. Billige Kredite für Meliorationen und Flurbereinigungen.

d) Förderndes Eingreifen des Staates überall dort, wo die persönliche Initiative der Landbesitzer sich als unzureichend erweist, um die bestmögliche Ausnutzung aller Produktionsmöglichkeiten zu gewährleisten. Insbesondere müssen der Staat oder die von ihm beauftragten öffentlich-rechtlichen Körperschaften das Recht haben, auch gegen den Willen der Besitzer Flurbereinigungen durchzuführen, Meliorationen, insbesondere Wasserregulierungen, ins Werk zu setzen, Vorschriften über die Befämpfung tierischer und pflanzlicher Schädlings zu erlassen und durchzuführen.

e) Öffentliche Kontrolle über die Erzeugung und den Vertrieb landwirtschaftlicher Produktionsmittel. Insbesondere sind die öffentlich-rechtlichen Kontrollbefugnisse bei der Preisfestsetzung des Kundbürgers auszugestalten und energisch zur weitestgehenden Verbilligung dieses wichtigen Produktionsmittels einzusetzen. Der Handelsverkehr mit Saatgut, Kunstdünger und Kraftfuttermitteln ist durch Geleitzu regeln und durch öffentliche Organe zu überwachen, um die Landwirte vor betrügerischen Machenschaften zu schützen, solange die Genossenschaften diese Aufgabe noch nicht voll übernehmen können. Die Bestrebungen zur Vereinfachung und Verbilligung im Bau landwirtschaftlicher Maschinen sind mit öffentlichen Mitteln zu fördern und nötigenfalls durch Eingreifen des Staates zu beschleunigen.

f) Schaffung günstiger Kreditbedingungen für Kleinpächter und Bauern, Förderung der ländlichen Kreditgenossenschaften, Heberhöhung der privaten landwirtschaftlichen Kreditinstitute in die Genossenschaftsform oder in das Eigentum von Reich, Staat oder Gemeinden. Verbindung der Kreditgewährung mit der Betriebsberatung.

g) Demokratischer Ausbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper. Durch Reichsgesetz ist zu sichern, daß in den Landwirtschaftsstämmen und ihnen gleichstehenden Berufsvertretungen auch die kleinen und mittleren Besitzer und die Landarbeiter, sowie die landwirtschaftlichen Beamten und Angestellten ihrer besonderen Bedeutung entsprechend vertreten sind.

III. Die Regelung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erfordert als unentbehrliche Ergänzung eine weitgehende Fürsorge für einen geregelten Absatz. Bereits bei der heutigen unvollständigen Entfaltung der Produktionskräfte treten auf Teilgebieten der landwirtschaftlichen Produktion zuweilen Störungen der Märkte ein. Solche Störungen äußern sich bald in Preisstürzen, die die Produzenten um die Früchte ihrer Arbeit bringen, ohne daß die Konsumenten einen Nutzen davon haben, bald in einer katastrophalen Verteuerung der Lebensmittelförderung, wobei wiederum die Produzenten durchaus nicht immer die Gewinner sind. Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine weitgehende Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Das wilde Auf und Ab der Preise, in das die kapitalistische Anarchie der Märkte die landwirtschaftliche Produktion gestürzt hat, steht im Widerspruch zu der inneren Natur des landwirtschaftlichen Betriebes. Darüber hinaus leiden Erzeuger und Verbraucher in gleicher Weise unter der unnatürlich vergrößerten Preisspanne, mit der ein aufgeblähter und parasitärer Handelsapparat die heutige Volkswirtschaft belastet.

Wir fordern daher:

1. Förderung aller Maßnahmen, die geeignet sind, unsere Kenntnisse von dem Umfang der Produktion, von dem Versorgungsstand der Märkte und von den Bedingungen der Preisbildung zu verbessern. In enger Verbindung mit den Organisationen der landwirtschaftlichen Erzeuger auf der einen und den Organisationen der städtischen Verbraucher auf der anderen Seite, ist die Statistik der Marktbewegungen und das Studium des Absatzes auszubauen und zu vertiefen. Es ist ein höherer Ausmaß einzusetzen, der, mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, die Absatzbedingungen fortlaufend zu prüfen hat. Dieser Ausmaß muß verpflichtend sein, aber festgestellte Mängel in der Absatzorganisation an das Parlament und an die Öffentlichkeit zu berichten.

2. Unterstützung des direkten Warenaustausches zwischen Erzeugern und Verbrauchergenossenschaften.

Zu diesem Zweck fordern wir die umfassende Weiterentwicklung der genossenschaftlichen Organisation der Erzeuger und Verbraucher, damit ein erheblicher Teil der landwirtschaftlichen Produktion genossenschaftlich erfährt und von den städtischen Verbraucherorganisationen übernommen werden kann.

Reich, Staat und Gemeinden sind verpflichtet, die Genossenschaftsbewegung zu fördern durch:

a) Eingliederung eines Lehrjahres für Genossenschaftswesen in den Lehrplan aller öffentlichen Unterrichtsanstalten.

b) ein dem Wesen des Genossenschaftswesens entsprechendes Stipendium.

3. Regulierende Eingriffe in die Preisgestaltung. In Stelle der Getreidezölle ist ein Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenprodukten zu schaffen. Für die Preispolitik des Monopols sind durch ein Reichsgesetz bindende Richtlinien aufzustellen, bergestalt, daß dem Erzeuger ein angemessener Ertrag seiner Arbeit und ein Ertrag seiner Aufwendungen gesichert ist, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden. Die Monopolverwaltung soll berechtigt sein, ausländisches Getreide zu erwerben, soweit dies zur Sicherung der inländischen Erntebewegung und zur Stabilisierung der Inlandpreise erforderlich ist. Reichsmittel, die

zur Sicherung der inländischen Erntebewegung bisher privaten Stellen gegeben worden sind, werden auf die Monopolverwaltung übertragen. Die Monopolverwaltung hat ausländisches und inländisches Getreide und Mehl zu den Selbstkosten an den Konsum zu Höchstpreisen abzugeben.

4. Auf Grund der bei der Preisstabilisierung des Getreides gemachten Erfahrungen sind schrittweise auch die übrigen landwirtschaftlichen Produkte in die Preisstabilisierung mit einzubeziehen. Vor allem wird der Ausbau des Genossenschaftswesens bei den Erzeugern und bei den Verbrauchern die Grundlage für eine gemeinschaftliche Regelung des Abflusses landwirtschaftlicher Erzeugnisse liefern.

5. Förderung der Bestrebungen, welche die Qualitätsverbesserung und Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bezwecken.

IV. Besteuerung

Die Steuerpolitik muß den sozialen Zweck erfüllen, das Arbeitseinkommen des Landvolkes zu schonen, und den produktionspolitischen Zweck, den Übergang des Bodens an den besten Wirt zu fördern.

Deshalb fordern wir, daß das Arbeitseinkommen fortwährend durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums entlastet wird. Die Grundsteuer ist in eine einheitliche Grundsteuer für die gesamte Landwirtschaft zu verwandeln. Sie richtet sich nach dem Wert des nackten Grund und Bodens ohne Berücksichtigung des Wertes des Inventars, der Gebäude und der Bodenverbesserungen. Der Grundwert ist nach dem normalen Reinertrag festzusetzen, den das Grundstück bei ordnungsgemäßer landwirtschaftlicher Bewirtschaftung nachhaltig zu gewähren vermag. Die Steuerbefreiungen sind bei der Gemeindeförderung offen zu legen. Der zum Zweck der Besteuerung festgesetzte Wert des Bodens ist maßgebend für die Wertberechnung bei der Verpachtung sowie bei der Ansüßung eines gesetzlichen Verkaufes- und Enteignungsrechtes.

V. Forderungen für die Land- und Forstarbeiter

Die SPD. tritt mit gleicher Entschiedenheit für die Land- und Forstarbeiter ein, wie sie jahrzehntelang für die Verbesserung der Lage der Industriearbeiter gekämpft hat. Sie fordert vor allem, daß die drückende Abhängigkeit beseitigt wird, unter der bei der jetzigen Arbeitsverfassung, insbesondere durch das System der Werkmögen, die Landarbeiter leiden. Die Landarbeiter sind in sozialpolitischer Hinsicht den industriellen Arbeitern gleichzustellen. Auch ihnen soll der freie Zutritt zum Grund und Boden wieder möglich gemacht werden, von dem sie durch die jahrhundertlang betriebene Klassenherrschaft und Klassenpolitik ihrer Herzen ausgeperrt sind. Demen, die fähig und gewillt sind, eine Kleinbauernstelle zu erwerben, soll der Weg dazu erschlossen werden.

1. Für die Landarbeiter müssen Wohnungen bereit gestellt werden, in denen sie nicht dem Einfluß des Arbeitgebers unterworfen sind. Je nach den örtlichen Verhältnissen sind Mietwohnungen durch öffentlich-rechtliche oder gemeinnützige Stellen oder Eigenheime — in der Rechtsform des Erbbaurechts oder der Reichsbauweise — zu schaffen. Dabei ist Sorge zu treffen, daß derartige Eigenheime bei Stellenwechsel des Landarbeiters von den ausgehenden Stellen wieder übernommen werden um den Landarbeiter vor Verlusten zu schützen. Alle diese neuen Wohnungen müssen von jeder Verpflichtung zur Arbeit bei bestimmten Arbeitgebern frei sein. Verheirateten ständigen Landarbeitern, die sich in ihrem Fernort bewähren haben und ein Eigenheim erwerben wollen, soll ein gesetzlicher Anspruch auf eine Landarbeiterheimstätte gegeben werden. Die zum Erwerb der Stelle — einschließlich der Baukosten und des lebenden und toten Inventars — notwendigen Mittel sind bis zu 50 Prozent vom Reich und Ländern darlehensweise gegen eine Tilgungssumme zu gewähren.

2. Arbeiterwohnungen und -wohnräume, die im Eigentum des Arbeitgebers stehen, sind strengen Bestimmungen über die Beschaffenheit, den Luftstrom, die Einrichtung und Heizung zu unterwerfen.

3. Deputatlohn und Deputatland sind möglichst zu beseitigen. Soweit tragend möglich, ist der reine Barlohn einzuführen.

4. Arbeitszeit und Sonntagsruhe sind durch Reichsgesetz für die Landarbeiter zu regeln. Die tägliche Arbeitszeit darf im Durchschnitt acht Stunden nicht überschreiten. In diesem Rahmen kann durch Tarifvertrag für den Sommer eine längere, für den Winter eine kürzere Arbeitszeit festgelegt werden.

Die Sonntagsruhe muß im Sommer 36 Stunden, im Winter 42 Stunden betragen. Für die bei der Viehwartung und Haus- und Feldarbeit am Sonntag Beschäftigten muß zum Ersatz eine entsprechende Freizeit in der Woche gewährt werden.

Ueberstunden und außergewöhnliche Sonntagsarbeit sind nur bei Gefährdung der Ernte oder des Viehes gegen entsprechende Aufschläge zuzulassen.

6. Die Verpachtung für den Landarbeiter, noch eine weitere Arbeitskraft, einen sogenannten Hofsänger oder Scharwerker zu stellen, ist völlig zu beseitigen.

7. Dem landwirtschaftlichen Arbeiter muß die Errichtung eines eigenen Hausstandes erleichtert werden. Insbesondere ist bei der Schaffung von Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten auf dem Lande auch auf die Wohnbedürfnisse dieser Arbeiterklasse Rücksicht zu nehmen.

8. Die schulpflichtigen und die aus der Schule entlassenen jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen sind durch Gesetz unter besonderem Schutz zu stellen. Die Schutzbestimmungen zugunsten der in der Landwirtschaft tätigen Frauen, insbesondere der Schwangeren und Wöchnerinnen, sind auszubauen.

9. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sind den industriellen Arbeitern hinsichtlich der Pflichten und Leistungen in der Sozialversicherung, auch hinsichtlich der Verhütung von Betriebsunfällen gleichzustellen.

10. Das Koalitionsrecht und die Freizügigkeit sind nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich von jeder Beschränkung frei zu halten.

11. Alle ländlichen Wohlfahrtseinrichtungen sind weitestgehend zu unterstützen.

12. Bei dem Abschluß von Lohnvereinbarungen und bei der Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis sind die Land- und Forstarbeiter den Industriearbeitern nicht nur gleichgestellt, sondern auch tatsächlich gleichzustellen.

13. Das Betriebsrätegesetz ist auch für die Landwirtschaft tatsächlich durchzuführen.

14. Die Vermittlung von Land- und Forstarbeitern darf nur durch öffentliche Arbeitsnachweise erfolgen, an deren Verwaltung Arbeitnehmer und Arbeitgeber paritätisch zu beteiligen sind.

15. Alle zum Schutz der Land- und Forstarbeiter erlassenen Bestimmungen sind auch auf die ausländischen Wanderarbeiter anzuwenden. Es muß verboten sein, daß Wanderarbeiter zu niedrigeren als den für die hiesigen Arbeiter festgesetzten Löhnen beschäftigt werden.

16. Die von der internationalen Arbeitsorganisation angelegten Uebereinkommen über den Schutz und die Verbesserung der Land- und Forstarbeiter sind zu ratifizieren.

17. Die Durchführung aller zum Schutz der Land- und Forstarbeiter erlassenen Bestimmungen ist durch staatliche Kontrollbeamte (Landarbeiterinspektoren) unter Mitwirkung der Arbeitervereine zu übernehmen.

VI. Bäuerliche Sozialpolitik

Durch die Familien-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge ist der Verelendung einer landwirtschaftlichen Familie im Falle der Erkrankung eines Familienmitgliedes vorzubeugen.

Für die kleinen Landwirte ist eine Krankenversicherung zu schaffen, die Zahnbehandlung, Wochenhilfe und Sterbegeld mitumfaßt. Diese Krankenversicherung hat jedoch bei der Berechnung der Beiträge und bei der Regelung der Leistungen den besonderen Verhältnissen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Für einen schnellen kostenfreien Krankentransport zum nächsten Krankenhause ist in allen ländlichen Bezirken Sorge zu tragen.

Um die Ueberlastung der bäuerlichen Betriebe mit Wechselhypotheken und mit Ausgebürgelten zu verhindern, ist eine obligatorische Lebens-, Invaliditäts- und Altersversicherung zu schaffen, die auf die besonderen Bedürfnisse der kleinbäuerlichen Kreise Rücksicht nimmt. Die Ueberlastung des Bodens mit Notstands-Hypotheken ist durch obligatorische staatliche Feuer-, Hagel- und Viehverversicherung zu verhindern.

Zur Beratung der ländlichen Bevölkerung in allen Rechtsangelegenheiten sind für alle Landbezirke öffentliche unentgeltliche Rechtsberatungsstellen zu schaffen.

Zum Kampf um diese Forderungen ruft die Sozialdemokratische Partei alle Arbeitenden auf dem Lande auf, um im Verein mit den arbeitenden Massen der Städte die Fesseln zu sprengen, in die sie Feudalismus und Kapitalismus (Großgrundbesitz und Großkapital) geschlagen haben. Eine tiefe Interessensolidarität verbindet die Arbeiterklasse mit den selbst arbeitenden Bauern. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft bedeutet der Kampf um die Demokratie für die Bauernschaft die Selbstverwaltung des Dorfes, die Beseitigung der Gutsbezirke, die Verwandlung des Herrschaftsstaates der Grundherren und Kapitalisten in den Wohlfahrts- und Kulturstaat der Arbeiter und Bauern. Die Hebung der Lebenshaltung der industriellen Arbeiter, ihre Sicherung gegen Verelendung durch Krankheit und Alter zieht die Erhöhung der nur allzu gedrückten Lage der kleinbäuerlichen Bevölkerung nach sich. Die Steigerung der Kaufkraft der Industriearbeiter erhöht die Nachfrage nach den wichtigsten Produkten der bäuerlichen Betriebe und sichert ihnen Absatz und besseren Ertrag. Der Sieg der arbeitenden Massen in Stadt und Land unterwirft Großgrundbesitz und Großkapital der Herrschaft der Gesellschaft und befreit die Landwirtschaft von der Unsicherheit und den Wechselfällen des Marktes und der Spekulation. Weit entfernt davon, den Bauern von seiner Scholle zu verdrängen oder sein Eigentum konfiszieren zu wollen, sichert die sozialistische Gesellschaft den bäuerlichen Massen ihr Eigentum und ihre Arbeitsstätte. Ihr Kampf gilt dem Herrenrenten der Großgrundbesitzer, nicht dem Arbeitseigentum der Bauern und Landarbeiter. Sie beseitigt die Ausbeutung durch das Handels- und Bankkapital und stellt die ungeheure Macht der Gesellschaft bewusst und planmäßig in den Dienst der Steigerung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der arbeitenden Masse in Stadt und Land.

Durchführung von dieser Erkenntnis der Interessengemeinschaft, die alle Arbeitenden im Kampfe gegen die Profitwirtschaft verbindet, erblickt die Sozialdemokratie in der Eingliederung der ländlichen Massen in ihre Reihen eine ihrer dringendsten Aufgaben; denn diese Vereinigung beschleunigt den Sieg und macht ihn zur unumstößlichen Gewißheit.

Umtflicher Teil

Das Gelez- und Berordnungsblatt
der freien und Hansestadt Lübeck Nr. 13 vom 25. März 1927 enthält:

Befestigung, betreffend die Ausführung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909. — Nachtrag zum Grundsteuergesetz vom 14. Juni 1925. — Gelez über Vorauszahlungen auf die Grund- und die Anwertersteuer. — Sechzehnter Nachtrag zu der Verordnung vom 24. Juni 1922 zur Ausführung des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922.

Durch Ausschlußurteil vom 17. März 1927 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch von Lübeck, innere Stadt, Fischergrube 27, Blatt 3224 in Abt. III unter Nr. 14 für die unzureichende Helene Martha Clara Neumann zu Lübeck, Fischergrube 39 eingetragene Hypothek von 1500 M. für inaktiv erklärt worden.
Lübeck, den 24. März 1927
4120) Das Amtsgericht, Abteilung 6

Konkurrenzöffnung

Ueber das Vermögen der Kaufmanns Billig Max Kampmann, alleinigen Inhabers der Firma Radio-Spezialgeschäft Wily Kampmann in Lübeck, Königstraße Nr. 45, wird heute, am 24. März 1927, nachmittags 3 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.
Der Kaufmann Riels Jensen in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 57, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Termin zur Beschließung über die Wahl eines anderen Verwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses und die in § 152 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände findet am 22. April 1927, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Mai 1927 bei dem unterzeichneten Gerichte anzumelden. Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen findet am 2. Mai 1927, vormittags 11 Uhr, im Zimmer Nr. 9 statt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schulden, wird aufgefordert, dies an die Gemeindefiskusverwaltung zu vermelden oder zu leisten, auch die Verpflichtung anzusetzen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen für die sie aus der Sache absonderliche Befreiung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 22. April 1927 Anzeige zu machen.
Lübeck, den 24. März 1927.
Das Amtsgericht, Abteilung II.

Freibrief

Verkauf von rohem und geschlachtetem Rindfleisch am Donnerstag, d. 25. März 1927, vormittags 9 1/2 Uhr auf dem Schlachthof.
4121) Schlachthofbehörde

Das Fahrrad

ein Bau, keine Instandhaltung u. Reparaturen

Von Oberingenieur G. A. Krumm u. R. Burger

Mit 110 Abbildungen u. einigen Tabellen

Preis 1.40 RM.

Verhandlung Lübecker Volksbote Johannistr. 46

333 4 M. an
585 8 M. an

300 Ringe am Lager Bestecke aus 800 Silber — 90 versilb. Garantie-Wecker 3.58 M. H. Schultz, Uhrmacher, Oh. Johannisstraße 20

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im Grundbuche von Lübeck, St. Gertrud, Blatt 1214, auf den Namen der Ehefrau des Kaufmanns Wilhelm Karl Maria Koppenhagen, Anna Johanna Henriette geb. Söh in Lübeck eingetragene Grundstück Kotowitzstraße Nr. 63, groß 2 a 44 qm,
am Dienstag, dem 18. Mai 1927, vormittags 10 1/2 Uhr,
durch des unterzeichneten Gerichtes in Lübeck, Große Burgstraße Nr. 4, Zimmer Nr. 22, versteigert werden.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 4. März 1927 aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Versteigerung des gedachten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und dem übrigen Rechte nachgegeben werden. Der Anmeldung bedürfen insbesondere die Ansprüche auf Zinsen, für welche der Zahlungstag zur Zeit der ersten Beschlagnahme des Grundstücks, am 1. März 1927, bereits verstrichen war.

Nichts anderes...!

Nur **Palmin** das reine Cocos Speisefett

Unerreicht an Fettgehalt, Reinheit und Güte

Palmin ist nur echt in Paketen mit der Aufschrift, **Palmin** und dem Namenszug **D. Schlinck**

Alleinige Hersteller: H. Schlinck & Cie. A.-G. Hamburg.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.
Lübeck, den 22. März 1927. (4122)
Das Amtsgericht, Abt. II.

Forstrevier Falkenhufen Holzverkauf

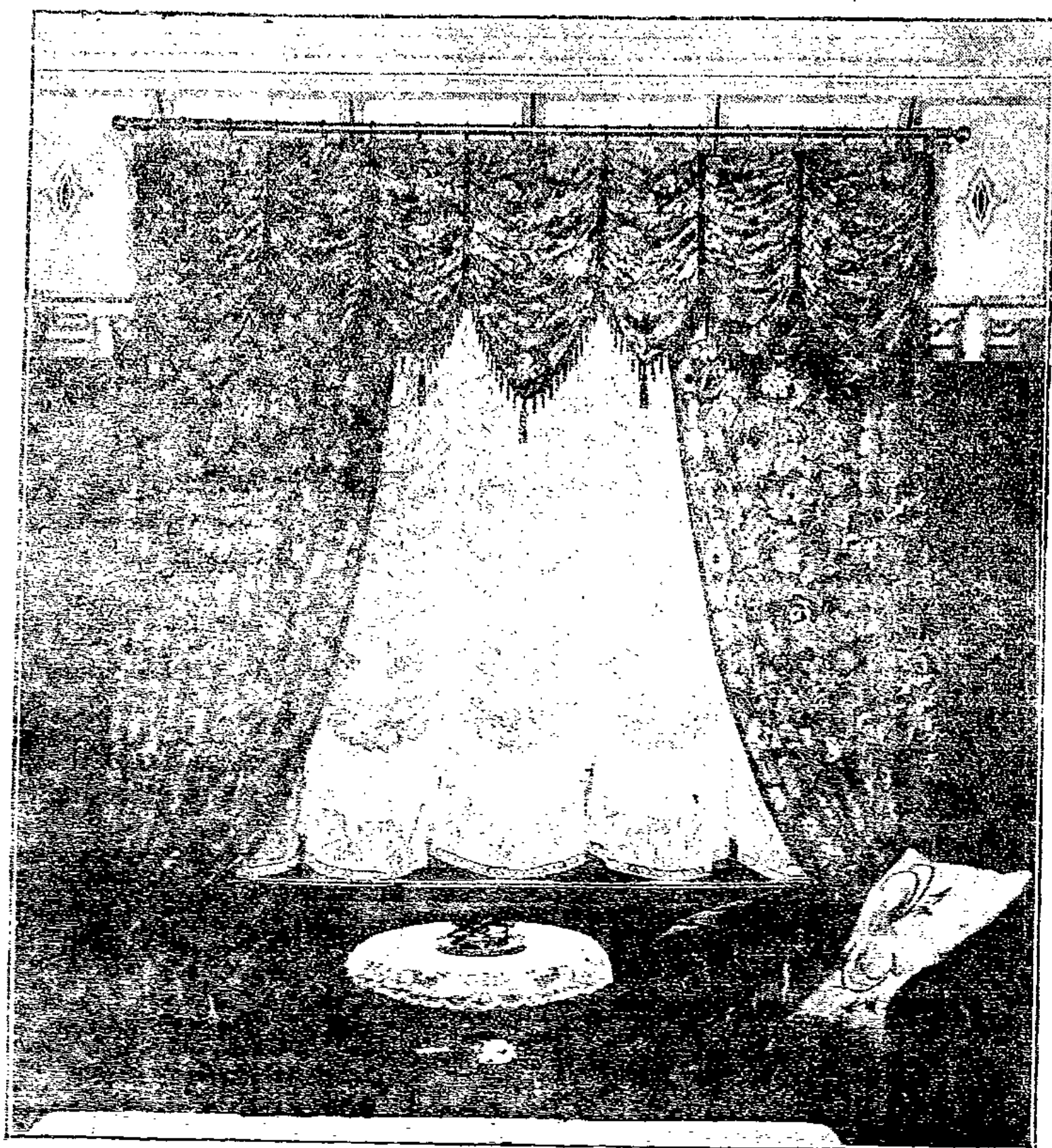
am Mittwoch, dem 30. März 1927, vormittags 10 Uhr im „Weißen Engel“ aus dem Forstrevier Hohenholz, Kulfendorferwegelamp, Deideskamp, Holskoppel und Schiffsborn: 56 Stk. Eichen-Bäume, 2 m lg., 4,58 m; 33 m Eichen- und Buchen-Klutz und -Kuppel; 22 m Kiefern-Kolke, 1 m lg., von 18 cm ab; 34 m Kiefern-Bäume, 2 m lg.; 204 m Kiefern-Kuppel; 21 Hauf. Kiefern-Stangeabmaß; 335 Stk. Fichten- u. Kiefern-Säbtele 1.-5. Kl.; 40 Haufen Laub- und Kadelholz-Baum.
Versteigerung ab 27. März, im Verkaufslokal und beim Holzvogt Hajemann in Falkenhufen.
Lübeck, im März 1927.
Die Vorsteherheit des Heiligen Geist-Hospitals.

Jagdverpachtung

Die hiesige Gemeindejagd, ca. 650 Morgen groß, soll am Montag, dem 11. April, nachmittags 5 Uhr bei Gaitwirt J. Wulf in Hollenbeck auf 6 Jahre und zwar vom 1. April 1927 bis 31. März 1933 öffentlich meistbietend verpachtet werden.
Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Hollenbeck, den 21. März 1927
Post- und Bahnstation Al-Bertentshin
Der Jagdvorsteher
W. Rümme, Gemeindevorsteher

Nichtamtlicher Teil

Läuer König
der gute
Bund 55 Big.
Rundhonig



Preiswertes Angebot in Gardinen und Vorhangstoffen

Meterware, engl. Tüll in sehr hübschen Mustern	1.40 1.25 1.10 95	85
Spannstoffe in modernen Mustern	3.90 3.25 2.50	1⁹⁵
Etamine kariert und gestreift, 150 cm breit	1.50 98	85
Madras-Garnituren 3teilig, indanthren	11.50 9.75	7²⁵
Etamine-Garnituren 3teilig, in aparten Dessins		6⁷⁵
Tüll-Garnituren 3teilig, gute Qualitäten	11.50 9.80 8.75 7.50	6⁸⁰
Bettdecken Etamine und engl. Tüll, 2bettig	14.25 11.25 10.25	8⁷⁵
Waffelbettdecken 1bettig, gute Qualitäten	8.25 6.75 5.95	5²⁵
Vorhang-Köper Ia Qualität weiß u. elfenbein, 100 cm breit	1.60 1.50, 80 cm breit 1.40	1¹⁰
Vorhang-Damast Ia Qualität weiß u. elfenbein, 100 cm breit	1.90 1.75, 80 cm breit 1.80	1⁴⁰
Fertige Vorhänge elfenb. Köper, 2teilig, Ia Qual., mit hübsch. Einsätzen	7.90	6⁹⁰

Anfertigung von modernen Künstler-Garnituren
mit Wolken-Raffungen

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Abteilung Manufakturwaren, Königstraße 111

Prima Hernieder
im Auschnitt billigst bei
Otto Höpfer
4110 Unterstadt 67

frühe u. späte Sorten
Saattartoffeln
übertragene Glanzblätter
(Etiana)
Paulsens Juli
Kaiserfronen, Perle
von Erfurt, Rosen,
Odenwälder,
Industrie, Hp to date
Kohlmann

Ia. **Speisefartoffeln**
sortierte, gutt. Ware
pro 3tr. 2.4 4.80 u. 5.25
empfehlen (4116)

Spethmann & Fischer
Biedergrube 59 Tel. 20192

Sieder-Drücker
weiß, mit Gitter
von 14 bis 65.
Größe Drücker
von 11.75 bis 75.
Siederer Heft
Unterstadt 111/112
1. Stock, kein Laden,
b. b. Hofstraße (394)

Wagon la Vieille
verkauft täglich billig
Holstenbrücke
402) H. Nupatz

Die Gesundheit über alles!

Jeder sein eigener Arzt

Selbstbehandlung durch Hausmittel
Biochemie, Homöopathie

Von
Dr. Ludwig Sternheim

Arzt in Hannover

Preis 5 RM in Halbleinen gebunden

Dieses wertvolle Hausbuch enthält die genaue Beschreibung der einzelnen Krankheiten und die zur Heilung notwendigen gütigen Heilmittel mit ausführlicher Anwendungsweise, die ohne ärztliches Rezept gegen geringes Entgelt in den Apotheken erhältlich sind. Schon bei der ersten Erkennung ist der geringe Preis des Buches erspart.

Vorrätig in der

Buchhandlung „Lübecker Volksbote“

Johannisstraße 46

Herren-Anzüge

moderne Nadelstreifen, in | solide feine Stoffe in blau,
blau, braun, grün | gemustertem Gabardine etc.

26 32 38 45 52 M. | 39 44 49 51 63 M.

Konfirmanten-Anzüge

in blau, Cheviot, Tuch und | dunkelgemustert Rips oder
Kammgarn | Marengo

21 24 26 28 35 M. | 29 33 39 45 52 M.

Gebr. Vandsburger

Inhaber: Heinrich Weilmann

Holstenstraße 10 (4101) Holstenstraße 10

Einfache und moderne

Schuhwaren

gut und preiswert (3580)

Bruno Westfeling Holstenstraße 3

Kindertwagen

Teilzahlung (409)
B. Ehlers, Bafawerthor 12

Kaufe jeden Posten
Zirkelfelle
Schweinschare
zu höchsten Preisen
Josef Wagner
Zell- u. Hartgrohdig.
Danmarksgrube 26
Holstenstraße 8
Tel. 3414 (407)

Republikanisches Liederbuch

Eine Sammlung
von ersten und
heiteren Lieder-
texten für wasser-
ländische Feste u.
kameradschaftliche
Veranstaltungen,
die unter den
Farben

Schwarz-Rot-Gold
Hattinden.

Preis 35 Pfennig
mit Noten 70 Pf.

Buchhandlung
Lübecker Volksbote

Johannisstraße 46
Wenzel

Werderstraße 18